

## Layout-Checkliste

### ► RECHERCHIEREN:

###

### ► ERSETZEN:

[langer Strich] % „x“,x’

Tel. Fax eMail

S. 1

h\_ftp://www.

statt http:

www.europa.eu

www.ec.europa.eu

www.cordis.europa.eu/de

www.eur-lex.europa.eu

www.europa.eu/rapid

vorname.name@europarl.europa.eu

Internet:

0032 2

B - 1... Brüssel

Reference

(jg) ■ (^\$^\$)[Leerzeichen]

so genannte

d.^sh. z.^sB. u.^sa.

etwa/rund

Mitgliedstaaten

Århus

Kyoto

Natura-2000-...

i\_mplementier → umsetz

k\_ohären

E\_P

G\_MO → GVO (und 1x ausschreiben)

G\_V

N\_RO → NGO (und 1x ausschreiben)

In Internetadressen: „Klickbarkeit“

- dazu Suchen nach

[URL]/^l

[URL]/^p

### ► AUSFÜHREN:

Im Inhalt: Schlagzeilen-Beiträge

unterstreichen

In Fußnoten:

Strg + A

Strg + +

Alt + Strg + H

Global ▼

EU-Präsidenschaft, G8-Vorsitz ▼

EU-Politik, Recht ▼

Abfall, Produktpolitik ▼

Agrarpolitik, Gentechnik ▼

Chemikalien, Emissionen ▼

Energie, Klima ▼

Naturschutz, Biodiversität ▼

Verkehr, Tourismus ▼

Wasser, Meere, Fischerei ▼

Service ▼

10.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Finnische Dialoge: „Neue Generation der Umweltpolitik“  
Natura 2000: Stand der Erfolge und Niederlagen  
Europas Energiesicherheit, Russlands Verluste  
EU-Kommission versagte im Gentechnikstreit**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 15 (2006), Heft 10  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger (ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frischmuth (tf), Marion Busch (mbu), Tinka Lutz (tl), Christina Drees (cd), Meike Fink (mf), Nehle Hoffer (nh), Nelly Thompson (nt), Matthias Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Klagen für mehr Klimaschutz

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Staat Kalifornien verklagt sechs Automobilhersteller wegen deren Beitrag zum Klimawandel. General Motors, Toyota, Ford, Honda, DaimlerChrysler und Nissan seien verantwortlich für Millionen von Tonnen CO<sub>2</sub>, die jährlich in die Atmosphäre gepustet werden. Nun sollen sie nach Ansicht der kalifornischen Regierung dafür zahlen. Man mag der US-amerikanischen Attitüde, bei jeder Gelegenheit vor den Kadi zu ziehen, skeptisch gegenüber stehen. Doch interessant ist die aufgeworfene Frage allemal: Wer trägt die Verantwortung für den Klimawandel und wer ist dafür rechenschaftspflichtig?

Dabei ist eine ganze Reihe ähnlicher Fälle bereits im Gange: So verklagen acht US-Staaten gemeinsam mit der Stadt New York und einigen Umweltorganisationen die fünf größten Stromkonzerne der USA, die Interessenvertretung der Inuit hat die Bush-Administration vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission gebracht und auch der Staat Kalifornien trifft nicht zum ersten Mal vor Gericht auf General Motors & Co. Schon im letzten Jahr hatte der Dachverband der kalifornischen Automobilhersteller den Staat verklagt, weil dieser einen gesetzlichen Grenzwert für Pkw-Emissionen festgelegt hatte. Ist die neuerliche Klage also nur eine Retourkutsche der kalifornischen Regierung?

Ein bisschen mehr dürfte schon dahinter stecken. Denn auch in den USA hat endlich ein Umdenken in Sachen Klimaschutz eingesetzt. Die immer häufigeren Meldungen über immer drastischere Folgen des Klimawandels können auch die hartnäckigsten Skeptiker sich nicht mehr ignorieren. Spätestens mit der Katastrophe von New Orleans, als Hurrikan Katrina Millionen von US-Amerikanern die Verwundbarkeit ihrer Nation durch Naturgewalten vor Augen führte, ist eine öffentliche Debatte in Gang gekommen, der sich außer der Bush-Administration und einigen ewig gestrigen Konzernen kaum noch jemand verschließt.

Die Klage kommt gewissermaßen zur rechten Zeit. Denn die Vorbereitungen für die 12. Vertragsstaatenkonferenz nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls laufen auf Hochtouren. In der ersten Novemberhälfte werden in Nairobi wieder tausende

von Regierungs-, Wirtschafts- und Umweltvertreter/innen ihre Gesäßmuskeln auf der Suche nach Kompromissen strapazieren. Dabei steht nicht weniger auf dem Spiel als die Zukunft des Klimaschutzes oder etwas genauer die Frage, was nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 folgt. Zu welchen Reduktionszielen verpflichten sich die Industrieländer? Welchen Beitrag leisten die großen Schwellenländer wie China und Indien? Und wie kann endlich die USA zurück ins Boot geholt werden?

Die Verhandlungen über diese „Post-2012-Frage“ werden in Nairobi nicht abgeschlossen. Vielmehr werden sie sich noch über Jahre hinziehen. Ob sie letztendlich erfolgreich sein können, hängt entscheidend davon ab, ob einzelne Staaten oder Staatengruppen bereit sind Verantwortung zu übernehmen und eigenständig voranzugehen. In der Vergangenheit ist die EU häufig für ambitionierten Klimaschutz eingetreten - angetrieben durch die Überzeugung, dass viel auf dem Spiel steht, und durch eine aktive Zivilgesellschaft, die ihr genau auf die Finger geschaut hat. Doch wird Europa die Rolle des Vorreiters auch dieses Mal einnehmen? Viele Nichtregierungsorganisationen sind skeptisch. So schlägt etwa das Europäische Umweltbüro (EEB) anlässlich einer Konferenz mit fünf europäischen Umweltministern Alarm wegen der schwindenden Bereitschaft der EU Mitgliedstaaten, eine umweltpolitische Führungsrolle zu übernehmen.

Einem wichtigen Test wird sich die EU im ersten Halbjahr 2007 unterziehen müssen. Denn dann diskutieren die Mitgliedstaaten, ob und wie sie eigene Emissionsreduktionsziele für das „Post-2012-Abkommen“ festlegen. Die EU-Präsidentschaft hat zu diesem Zeitpunkt Deutschland inne. Die Bundesregierung wird zwar keine Angst vor Klagen haben müssen, doch des kritischen Blicks der Öffentlichkeit kann sie sich sicher sein.

In diesem Sinne wünscht eine kritische Lektüre,

Markus Steigenberger,  
Leiter EU-Koordination des DNR

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Klagen für mehr Klimaschutz

## 5 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Merkel-Rede: Leitsätze für Europa
- Russisches Öl um jeden Preis?  
von Regine Richter, Urgewald
- Tierschutzverbände fordern mehr Verbraucherschutz und Transparenz

## 7 EU-Politik, Recht

- EU-Förderperiode 2007-2013: Neue Programme
- Finnische Präsidentschaft: Dialog als neuer Politikstil  
von Markus Steigenberger, DNR
- „Bessere Rechtsetzung“ contra stabile Umweltgesetze?  
Interview: Dr. Andreas Wasielewski,  
Umweltministerium Schleswig-Holstein
- Neue Studie für EU-Ökosteuerreform  
von Daniel Unsöld, BUND
- EU-Kommission überprüft EMAS
- Leitfaden zur EIA-Richtlinie

## 14 Abfall, Produktpolitik

- EU-Müllskandal in der Elfenbeinküste
- Abfallmenge in Europa steigt
- Elektroschrottrichtlinie: Frist verfehlt
- EU-Regeln für Kompost gefordert

## 16 Agrarpolitik, Gentechnik

- EU verlangt Agrargelder zurück
- EU gegen deutsche Düngeverordnung
- Pilotprojekt für Agrar-Ökotourismus
- Ombudsmann: EU-Kommission versagte im Gentechnikstreit
- Einfuhrkontrollen für US-Reis
- China: Gen-Baumwolle bringt Verluste

## 19 Chemikalien, Emissionen

- WWF kritisiert REACH-Verordnung
- Hoch giftige Pestizide bleiben legal
- Schweden verbietet Deca-BDE
- Finnisches Nanoforschungsprogramm
- Empfehlungen gegen POPs

## 22 Energie, Klima

- Protest gegen Blairs Energiepolitik
- Aktionsplan Energieeffizienz in Arbeit
- Strategiestudie zur EU-Energiepolitik
- Weltbank setzt auf Großkraftwerke
- CO<sub>2</sub>-Speicherung: Geologen warnen
- EU-Staaten ohne Allokationspläne
- Enttäuschendes Asien-Europa-Treffen
- US-Klimaschutzboykott in Auflösung

## 26 Naturschutz, Biodiversität

- Klimawandel: Verheerende Bilanzen  
von Bjela Vossen, DNR
- Natura 2000: Alte EU vollständig
- Test-Impfungen gegen Vogelgrippe
- Weltweite Inventur der Wälder

## 29 Verkehr, Tourismus

- Einheitliche Mineralölsteuer gefordert
- EU erwägt CO<sub>2</sub>-Gesetz für Neuwagen
- Förderung für Wasserstoffautos
- EU für mehr Kurzstreckenseeverkehr
- Güterverkehr auf Schiene und Wasser: Firmenvorschläge gesucht
- Luftverkehr soll harmonisiert werden

## 32 Wasser, Meere

- Wassermangel durch Agrarindustrie
- Neue Proteste gegen Illisu-Staudamm
- Umweltbelastungen im Mittelmeerraum nehmen zu
- Ölpest: Libanon will Israel verklagen
- Giftmüll in der Ostsee entdeckt

## 35 Service

- Veröffentlichungen, neu im Netz
- EU-Umwelt-Termine
- Informationsquellen, EU-Wegweiser
- Das EU-Gesetzgebungsverfahren
- Das EEB: Unsere Lobby in Brüssel

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung):  
Umsetzung von EU-Umweltrecht

## Fünf Leitsätze für Europa

### Angela Merkel zur Zukunft der EU

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 22. September anlässlich der Eröffnung des Internationalen Bertelsmann-Forums „Die Zukunft der Europäischen Union“ eine europapolitische Grundsatzrede gehalten. Darin verwies sie auf die historischen Erfolge der EU, ging auf die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft allerdings nur am Rande ein. Für die zukünftige Entwicklung der EU stellte Merkel fünf Leitsätze auf:

- Europa müsse sich klar werden, was seine Werte seien, und sich gemeinsam darauf beziehen.
- Die Bürger müssten Klarheit über die geographischen Grenzen haben. Daher sollten zunächst keine weiteren Mitglieder aufgenommen werden. Die Frage, wie mit den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien umzugehen sei, ließ Merkel dabei bewusst offen.
- Wirtschaftliche Dynamik sei eine Voraussetzung, um die Unterstützung der Bürger zu gewinnen. Dazu zählten die Vollendung des Binnenmarktes, Bürokratieabbau sowie höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung.
- In Zeiten der Globalisierung komme der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik besondere Bedeutung zu. Nur wenn die EU-Mitgliedstaaten geschlossen aufträten, könnten sie bei internationalen Verhandlungen wie auch bei militärischen Aktionen erfolgreich sein.
- Europa brauche eine Verfassung als rechtliche Grundlage. Die Bundesregierung werde daher am Ende der deutschen Präsidentschaft einen Plan vorlegen, wie die Verfassung doch noch vollendet werden könne. Dabei sollten nicht aus taktischen Überlegungen heraus einzelne Aspekte abgetrennt, sondern der Verfassungsvertrag als Gesamtheit selbstbewusst vorangebracht werden. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Vollständige Rede:  
[www.bundesregierung.de/nn\\_23272/Content/DE/Rede/2006/09/2006-09-23-bertelsmann.html](http://www.bundesregierung.de/nn_23272/Content/DE/Rede/2006/09/2006-09-23-bertelsmann.html)

## Gastbeitrag Russisches Öl um jeden Preis?

von Regine Richter, Urgewald

### Ohne Rücksicht auf Verluste: Energiesicherheit für Europa

Die Debatte um die Energiesicherheit wird in Deutschland und der EU intensiv geführt. Russland, von dem Deutschland im Jahr 2005 ein Drittel seiner Erdölimporte bezog, spielt darin eine bedeutende Rolle. Gleichzeitig ist Russland ein Paradebeispiel für den hohen ökologischen und sozialen Preis der Erdölproduktion, der aus der Energiesicherheitsdebatte meist ausgeblendet wird. Im russischen Fall bedeutet das: Die Erdöleinnahmen tragen erheblich zu den Staatseinnahmen bei, werden aber alles andere als gerecht verteilt: Während einige Wenige unermessliche Reichtümer anhäufen, leben große Teile der Bevölkerung weiter in Armut. Korruption ist allgegenwärtig.

### Öl als Hauptbedrohung für Russlands Demokratie und Umwelt

Der russischen Demokratie ist das schwarze Gold ebenfalls nicht förderlich, denn um seine innen- und außenpolitischen (Energie-)Interessen durchzusetzen, bedient sich der Staat einer gelenkten Justiz und bürgerliche Rechte werden mehr und mehr eingeschränkt. Gleichzeitig stellt das Ölgeschäft eine der Hauptbedrohungen für Russlands Umwelt dar: Öl aus maroden Pipelines und Lecks verseucht riesige Landstriche, vergiftet Menschen, Tiere und Pflanzen. Immer wieder werden ökologisch besonders wertvolle Gebiete selbst aus dem UNESCO-Weltnaturerbe oder vom Aussterben bedrohte Arten gefährdet.

### EU trägt Mitverantwortung - Anfang 2007 soll Papier beschlossen werden

Dieses Problem ist keineswegs ein „inner-russisches“. Die internationalen Abnehmer des Öls tragen eine Mitverantwortung dafür, dass die riesigen Umweltprobleme der Ölindustrie angegangen werden. Die Bundesregierung kann dabei im Rahmen der EU-Präsidentschaft eine entscheidende Rolle spielen: Ein von der EU-Kommission und dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana im Juni vorgelegtes Papier<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Rat der Europäischen Union, Juni 2006: Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich, [www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st09971.de06.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st09971.de06.pdf)

zur Versorgungssicherheit der EU setzt unter anderem auf eine starke Einbindung Russlands, mit dem Ziel einer „Integration der Energiemärkte der EU und Russlands“. Für Russland attraktiv soll dabei sein, dass EU-Mitgliedstaaten Investitionen im russischen Ölsektor mit Milliarden unterstützen, damit das Land seine Rohstoffreserven noch schneller und vollständiger ausbeuten kann. Das Papier soll unter deutscher Ratspräsidentschaft beschlossen werden.

### Deutsche EU-Präsidentschaft muss Umwelt und Soziales stärken

Die Diskussion darum gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, den bisher ausschließlich auf die europäischen Energiesicherheitsinteressen gerichteten Blick zu weiten. Sie sollte die Sicherheit von Menschen und Natur in den Ölfördergebieten ins Blickfeld bringen und darauf bestehen, dass das Papier die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Ölimport enthält. Weder die Bundesregierung noch die EU-Kommission dürfen die eigenen umwelt- und außenpolitischen Ziele (Umweltschutz, Klimaschutz, Förderung von Demokratie und Menschenrechten) für kurzfristige Energieinteressen preisgeben.

Gerade ein gemeinsames Auftreten der EU und der russische Wunsch nach bedeutenden Investitionen erschwert es Russland diese Forderungen abzublocken. Im Dialog mit Russland muss es darum gehen, Lösungen für die existierende Ölverseuchung zu finden und zukünftige Umweltprobleme, Gesundheitsschäden, soziale Ungerechtigkeit sowie mangelnde Partizipation der Bevölkerung zu verhindern. Prinzipiell muss der Weg dahin gehen, den Ölverbrauch massiv zu reduzieren, mit einer Perspektive „weg vom Öl“. Auch dafür ist die Bundesregierung während ihrer Präsidentschaft gefordert. ■

### • Weitere Informationen

urgewald e.V., Büro Berlin, Regine Richter, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
 Tel. 030 / 443391-69, Fax -33  
 eMail: [regine@urgewald.de](mailto:regine@urgewald.de)  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

Grundlage dieses Artikels ist die Urgewald-Studie: „Öl für Deutschland, koste es was es wolle - Deutsche Banken in der russischen Ölförderung“; Bezug: [www.urgewald.de?page=4-70-392](http://www.urgewald.de?page=4-70-392)

## Forderungen der Tierschutzverbände für 2007

### Mehr Tierschutz, mehr

### Verbraucherschutz, mehr Transparenz

Der Deutsche Tierschutzbund hat Mitte September die „tierschützerischen Erwartungen an die ab Januar beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ veröffentlicht. Der Forderungskatalog wurde gemeinsam mit der Eurogroup for Animal Welfare, der europäischen Tierschutzdachorganisation erstellt. Darin wird u. a. verlangt, dass Deutschland sich für eine umfassende Tier- und Verbraucherschutzpolitik in Europa einsetzt. „Mehr Tierschutz, mehr Verbraucherschutz, mehr Transparenz“ fordern der Tierschutzbund und die Eurogroup for Animal Welfare. Ziel sei eine EU-einheitliche Tierschutzpolitik, die alle Tiere, von der Landwirtschaft bis zu den Heimtieren, umfasse.

### Deutschland soll

### EU-Tierschutzaktionsplan verbessern

Die deutsche Bundesregierung soll in ihrer Präsidentschaft den Tierschutzaktionsplan der EU effektiv umsetzen und verbessern. Vorrangig seien dabei:

- Abschaffung von Tiertransporten und industrieller Legehennenhaltung
- Schaffung eines EU-Tierschutzsiegels
- Bessere Förderung von Alternativmethoden zu Tierversuchen
- Importverbote für Wildvögel, Robbenprodukte, Hunde- und Katzenfelle

Wer als Ziel formuliere, EU-Vorgaben zum Tierschutz künftig nur „eins zu eins“ umzusetzen, verstoße gegen den Geist des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz, kritisierte der Tierschutzbund. Die Renaissance der Käfighaltung von Legehennen beweise, dass die „Eins-zu-eins-Philosophie“ zu Verschlechterungen deutscher Standards führe. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baum-  
schulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -41  
eMail: [presse@tierschutzbund.de](mailto:presse@tierschutzbund.de)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

Forderungskatalog: „Tierschutz bewegt: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“, Hrsg./Bezug: Deutscher Tierschutzbund, s.o.

## Newsticker

### Biopiraterie: Nord-Süd-Gruppen schlagen Brücke von G8 zu CBD 9

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) verknüpft mit ihrem Protest gegen Biopiraterie die beiden Großereignisse G8-Gipfel 2007 und 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (CBD), die 2008 in Bonn stattfinden wird. Unter dem Motto „Von G8 zu COP9 - zwei Gipfel, ein Protest“ thematisiert die Kampagne Fragen des Umgangs mit traditionellem Wissen, Patenten auf Leben und der Rolle transnationaler Konzerne. Die Kampagne startet mit einem Auftaktwochenende ab dem 17. November. (ms)

Quelle: [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)

### Forum Umwelt und Entwicklung mit Veranstaltungsreihe zum G8-Gipfel

Das Forum Umwelt und Entwicklung plant mit mehreren Partnerorganisationen eine Veranstaltungsreihe zum bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm (6.-8. Juni 2007). Mit Vertreter/innen aus Nord und Süd soll die G8-Agenda analysiert und alternative Szenarios entwickelt werden.

Themen sind:

- Energie: 17. Oktober (Berlin)
- Entschuldung/Internationaler Währungsfonds: 1. November
- Geistige Monopolrechte 30. November
- Entwicklungsfinanzierung (in Planung für 2007)
- Globale soziale Rechte (in Planung für 2007).

Weitere Bündnispartner sind willkommen. (jg)

● G8-NGO-Forum, Mona Bricke, Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn, Tel. 0228 / 359704, eMail: [mona@forumue.de](mailto:mona@forumue.de), [www.g8-germany.info](http://www.g8-germany.info)

■

### Internationale Aktionskonferenz zum „G8-Gipfel Heiligendamm 2007“ in Rostock

vom 10. bis 12. November 2006

Ort: Universität Rostock, WiSo-Fakultät, Ulmenstraße 69, Beginn: 19.00 Uhr

Anmeldung:

[anmeldung@heiligendamm2007.de](mailto:anmeldung@heiligendamm2007.de)

Weitere Informationen:

[www.heiligendamm2007.de](http://www.heiligendamm2007.de)

## Die neue EU-Förderperiode 2007-2013 - eine Vorausschau

### Neue Programme aufgelegt, Strukturfonds bleiben bestehen

Ab 2007 beginnt die neue Förderperiode der Europäischen Union. Während einige Programme lediglich umbenannt werden, werden viele Programme neu aufgelegt. Auch in dieser Förderperiode können wieder Projekte aus den unterschiedlichsten Bereichen, z. B. Bildung, Kultur, Soziales, Forschung und Innovation, gefördert werden. Die Strukturfonds bleiben neben den Förderprogrammen weiterhin bestehen.

### Über endgültige Zahlen und Fristen wird noch beraten

Die Zielgruppen und Antragsteller sind von Programm zu Programm verschieden. Die Programme richten sich an öffentliche oder private Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Unternehmen sowie auch an Universitäten und in einigen Fällen an Einzelpersonen. Zurzeit finden die endgültigen Beratungen zu den EU-Förderprogrammen statt. Das bedeutet, dass noch keine klaren Aussagen über tatsächliche Ausschreibungen und Bewerbungsfristen gemacht werden können.

Voraussichtlich Anfang 2007 wird die EU-Koordination des DNR in einem Sonderheft ausführlich über Finanzierungsmodalitäten, Bewerbungsfristen und Kontaktpersonen der EU-Fonds speziell für Umwelt-NGOs berichten. In dieser Ausgabe wollen wir Ihnen mit einer kurzen Vorausschau auf die „neue Generation“ der Programme Einblick in die Förderperiode 2007-2013 geben.

### EU-Regionalpolitik: EFRE, ESF und Kohäsionsfonds

Mehr als ein Drittel des EU-Haushalts wird für die europäische Regionalentwicklung aufgewendet. Die Verwaltung dieser Mittel obliegt mehreren europäischen Fonds. In der Förderperiode 2007-2013 sind das der Europäische Regionalfonds (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Kohäsionsfonds. Die drei Fonds verfügen zusammen über 308 Mrd. Euro. Die Europäische Regionalpolitik wurde für die Förderperiode 2007-2013 reformiert. Neben einer stärkeren Übertragung der Verantwortung auf die Mitgliedstaaten und Regionen gibt es in der Förderperiode 2007-2013 weniger Finanzinstrumente (drei statt der bisherigen sechs). Die

Durchführung der Kohäsions- und Regionalpolitik soll einfacher, effizienter und unbürokratischer werden. Die neue Programmgeneration umfasst drei Ziele:

1. Konvergenz (EFRE, ESF Kohäsionsfonds)
2. Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (EFRE, ESF)
3. Territoriale Zusammenarbeit (EFRE)

Die Gemeinschaftsinitiativen der Förderperiode 2000-2006 (INTERREG III, LEADER+, URBAN II, EQUAL) wird es in der Förderperiode 2007-2013 in dieser Form nicht mehr geben. Ihre Ziele werden allerdings im Rahmen der Kohäsionspolitik weiterhin verfolgt.<sup>1</sup>

Die EU-Kommission plant zudem mit der Europäischen Investitionsbank EIB<sup>2</sup>, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD<sup>3</sup> und dem Europäischen Investitionsfonds EIF<sup>4</sup> für die bevorstehende Förderperiode 2007-2013 drei neue gemeinsame Initiativen zur Flankierung der Kohäsionspolitik. Die drei neuen Initiativen JEREMIE, JESSICA und JASPERS<sup>5</sup> sollen vor allem dort zum Einsatz kommen, wo öffentlichen Haushalten oder Unternehmen die Kapitalgrundlagen fehlen, um europäische Fördermittel abzurufen. Die private Ko-Finanzierung der Europäischen Investitionsbank, des Europäischen Investitionsfonds und der anderen internationalen Finanzinstitute (Stichwort Public Private Partnership - PPP), soll Investitionen sichern, bei denen der Regionalfonds EFRE zum Einsatz kommt.

### LIFE+

Das Umweltprogramm LIFE III wird in der Förderperiode 2007-2013 im Rahmen von LIFE+ mit einem Budget von 2,1 Mrd. Euro fortgesetzt. LIFE+ wird aus drei Komponenten bestehen:

- LIFE+ Natur und Biodiversität
- LIFE+ Umweltpolitik und Governance<sup>6</sup>
- LIFE+ Information und Kommunikation

1 [www.ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/feder/ce\\_1080\(2006\)\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/feder/ce_1080(2006)_de.pdf)  
[www.ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/memo\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/memo_de.pdf)

2 [www.eib.europa.eu](http://www.eib.europa.eu)

3 [www.ebrd.com](http://www.ebrd.com)

4 [www.eif.europa.eu/jeremie](http://www.eif.europa.eu/jeremie)

5 [www.ec.europa.eu/regional\\_policy/funds/2007/jjj/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/index_en.htm)

6 Governance: Steuerungs- und Regelungssystem

Im Rahmen von LIFE+ soll insbesondere die Umsetzung der Ziele des 6. Umweltaktionsprogramms<sup>7</sup> und die Integration von Umweltaspekten in andere Politikfelder gefördert werden.<sup>8</sup>

### Gemeinsame Agrarpolitik: EGFL, ELER

2005 wurde im Rat der EU-Agrarminister Einigung über eine Verordnung<sup>9</sup> erzielt, mit der ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik geschaffen wurde. Die neue Verordnung sieht zwei Fonds vor: den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).<sup>10</sup>

### Siebtens Forschungsrahmenprogramm<sup>11</sup>

Die EU-Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung gehören zu den wichtigsten Instrumenten zur Finanzierung europäischer Forschung. Momentan laufen noch die Debatten über den Haushalt, die Struktur und die Schwerpunkte des siebten Forschungsrahmenprogramms (EUR 07.06, S. 19). Dabei werden die Aspekte der vorherigen Forschungsrahmenprogramme um Maßnahmen zur Verbesserung von Kohärenz und Wirksamkeit der EU-Forschungspolitik ergänzt.

Das siebte Forschungsrahmenprogramm gliedert sich in vier Unterprogramme: „Kooperation“, „Ideen“, „Menschen“ und „Kapazitäten“, für die ein Gesamtbudget von 50,5 Milliarden Euro für den Bewilligungszeitraum 2007-2013 zur Verfügung steht. Auch die Themen Energie, Umwelt und Verkehr werden in dem Programm eine Rolle spielen. So wird der Bereich

7 [www.ec.europa.eu/environment/newprg](http://www.ec.europa.eu/environment/newprg)

8 [www.ec.europa.eu/environment/life/news/life\\_commonposition.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/life/news/life_commonposition.pdf)  
[www.ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/life/news/futureoflife.htm)

9 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:209:0001:01:DE:HTML>

10 [www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l11096.htm](http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l11096.htm)

11 Quellen: EU-Portal „Siebtens Rahmenprogramm (2007-2013): Schaffung des Europas des Wissens“:  
[www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/i23022.htm](http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/i23022.htm)  
 EU-Kommission: „Amended proposal for a decision of the european parliament and the council concerning the 7th framework programme of the European Community for research, technological development and demonstration activities (2007-2013)“, 28.06.2006:  
[ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/ec\\_fp7\\_amended\\_en.pdf](ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/ec_fp7_amended_en.pdf)

Umwelt beispielsweise mit 1,9 Milliarden Euro gefördert.

### Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation<sup>1</sup>

Das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation ist ein neues Förderprogramm und soll zur Erreichung der Lissabon-Ziele<sup>2</sup> beitragen. Das Programm ist für eine Laufzeit von sieben Jahren (2007 bis 2013) angelegt. Es bietet einen Rahmen für alle Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Unternehmertum, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Entwicklung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Umwelttechnologien sowie intelligente Energie. Das Programm richtet sich dabei speziell an KMU und potentielle Unternehmensgründer.

Das Rahmenprogramm hat drei Unterprogramme:

#### 1. Unternehmertum und Innovation mit Schwerpunkt KMU

Das Programm zur Unterstützung der IKT-Politik für die Förderung der Akzeptanz von IKT in Unternehmen, Verwaltungen und öffentlichen Dienstleistungen. Das Programm hat eine Umweltkomponente.

#### 2. Intelligente Energie - Europa

Auch dieses Programm hat eine Umweltkomponente.

### 3. Integriertes Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen<sup>3</sup>

In dem neuen Integrierten Aktionsprogramm für Lebenslanges Lernen wurden die Sokrates-Programme und das Leonardo-da-Vinci-Programm zusammengefasst. Das Aktionsprogramm in seiner neuen Form setzt sich aus folgenden Einzelprogrammen zusammen: COMENIUS für die Schulbildung, ERASMUS für die Hochschulbildung, LEONARDO DA VINCI für die berufliche Bildung und GRUNDTVIG für die Erwachsenenbildung. Ergänzt werden diese Einzelprogramme durch Querschnittsmaßnahmen und durch das Programm JEAN MONNET zur Förderung der europäischen Integration.

#### Kultur und Medien

In den Bereichen Kultur und Medien wird es ab 2007 drei Programme geben, die auf unterschiedliche Aspekte abzielen: „Kultur 2007“, „Media 2007“ und „Bürger/innen für Europa“

#### 1. Kultur 2007<sup>4</sup>

Im Programm Kultur 2007 wird das Programm Kultur 2000 fortgesetzt. Es soll die Zusammenarbeit von Kulturschaffenden, -akteuren und kulturellen Einrichtungen in der EU stärker unterstützen. Akteure aus unterschiedlichen Kulturen sollen über gemeinsame europäische Werte und europäische Zielsetzungen diskutieren, um so zur europäischen Integration beizutragen.

Die Programmziele sollen durch Maßnahmen in drei Aktionsbereichen erreicht werden:

- a) „Unterstützung kultureller Projekte:
  - Kooperationsnetze
  - Kooperationsprojekte
  - Besondere Projekte

b) Unterstützung von auf europäischer Ebene tätigen kulturellen Einrichtungen sowie von Maßnahmen zur Erhaltung der wichtigsten mit den Deportationen in Verbindung stehenden Schauplätzen und Archive und ihrer Mahmfunktion [...] und Bewahrung des Gedenkens an die Opfer an diesen Stätten;

c) Unterstützung von Analysen sowie von Informationserfassung und -verbreitung im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit.“<sup>5</sup>

#### 2. Media 2007<sup>6</sup>

Media 2007 ist das EU-Programm für Rundfunk, Fernsehen, Kino und Internet. Es ersetzt und erweitert das Ende 2006 ausgelaufene Programm Media Plus. Durch das Programm sollen europäische Werke im audiovisuellen Bereich, auf der ganzen Welt bekannt gemacht werden. Zudem soll die Wettbewerbsfähigkeit der im audiovisuellen Bereich tätigen Unternehmen erhöht werden.

Das Programm bezieht sich dabei auf die Vorproduktionsphase (Erwerb und Vertiefung von Kompetenzen, Entwicklung europäischer audiovisueller Werke) und die Nach-Produktions-Phase (Vertrieb, Promotion) ansetzt.

#### Bürger/innen für Europa<sup>7</sup>

Das Programm „Bürger/innen für Europa“ ist ein neues Programm und zielt darauf ab, „das Wissen über die EU und ihre Werte und Ideen weiter zu verbreiten, die aktive Teilnahme der Menschen am europäischen Integrationsprozess zu fördern und eine gemeinsame europäische Identität herzustellen.“

1 Quellen: Europäische Kommission - Unternehmen und Industrie: „Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013): [www.ec.europa.eu/enterprise/enterprise\\_policy/cip/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/cip/index_de.htm)

Cordis, Innovationspolitik in Europa, „Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“: [www.cordis.europa.eu/innovation/de/policy/cip.htm](http://www.cordis.europa.eu/innovation/de/policy/cip.htm)  
Europäische Kommission, Brüssel, 6.4.2005: „Vorschlag [...] zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013)“: [www.ec.europa.eu/enterprise/enterprise\\_policy/cip/docs/com121\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/cip/docs/com121_de.pdf)

2 Die im März 2000 beschlossene Lissabon-Strategie der EU soll die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Maßstab sind die Konkurrenten USA und Japan: [www.de.wikipedia.org/wiki/Lissabon-Strategie](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Lissabon-Strategie)

3 Quellen: Europäische Kommission 14.7.2004:

„Vorschlag für [...] ein integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens“: [www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0474de01.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0474de01.pdf)  
Europäische Kommission: „Education and Training, a new EU Action Programme in the field of lifelong learning 2007-2013“: [www.ec.europa.eu/education/programmes/newprog/index\\_en.html](http://www.ec.europa.eu/education/programmes/newprog/index_en.html)

4 Quellen: Europäische Kommission, 14.7.2004: „Vorschlag für [...] das Programm ‚Kultur 2007‘ (2007-2013)“: [www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0469de01.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0469de01.pdf)  
Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament: „Die neue EU-Programmgeneration 2007-2013“: [www.womnet.de/content/upload/Die\\_neuen\\_EU-Programme\\_f\\_r\\_Einsteiger\\_01-02-06.pdf](http://www.womnet.de/content/upload/Die_neuen_EU-Programme_f_r_Einsteiger_01-02-06.pdf)

5 [www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0469de01.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0469de01.pdf)

6 Europäische Kommission, 14/7/2004: „Mitteilung [...] Vorschlag für ein Förderprogramm für den europäischen audiovisuellen Sektor (MEDIA 2007)“: [www.ec.europa.eu/comm/avpolicy/media/pdf/files/com470\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/comm/avpolicy/media/pdf/files/com470_de.pdf)

7 Europäische Kommission, 6.4.2005: „Vorschlag [...] über das Programm ‚Bürger/innen für Europa‘ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“: [www.ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/activecitizenship/new\\_programme/new\\_programme06042005\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/dgs/education_culture/activecitizenship/new_programme/new_programme06042005_de.pdf)  
sowie: Europäische Kommission: Active European Citizenship, „A new programme: Citizens for Europe“: [www.ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/activecitizenship/new\\_programme\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/dgs/education_culture/activecitizenship/new_programme_en.htm)

Diese Ziele sollen mit Hilfe von drei Schwerpunktbereichen erreicht werden:

- Aktive Bürger/innen für Europa
- Aktive Zivilgesellschaft in Europa
- Gemeinsam für Europa

## Jugend in Aktion<sup>1</sup>

In diesem Programm wird das Programm „Jugend 2000“ fortgesetzt und erweitert. Mit dem Programm sollen die Bürger/innen der EU aktiv an der Mitgestaltung der Zukunft der EU beteiligt werden. Jugendliche sollen die Möglichkeit bekommen, eigene Ideen zum Aufbau eines gemeinsamen Europa umzusetzen. So werden Treffen zwischen Jugendlichen aus mindestens drei unterschiedlichen Mitgliedstaaten finanziert. Sie sollen dem kulturellen Austausch und der Entwicklung von „Verständnis und Solidarität für die anderen Kulturen innerhalb und außerhalb der EU“ dienen.

Das Programm gliedert sich in fünf Maßnahmenbereiche:

- Jugend für Europa.
- Europäischer Freiwilligendienst
- Jugend für die Welt
- Sozialpädagogische Betreuer und Unterstützungssysteme
- Förderung der politischen Zusammenarbeit

## Aktionsprogramm im Bereich Gesundheit<sup>2</sup>

Das Programm bildet den Rahmen für die Finanzierung von Projekten im Bereich der Gesundheit im Zeitraum 2007-2013. Es ist Teil der Strategie, die die Gemeinschaftsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheit zusammenführt, „um Ziele und Prioritäten festzulegen, die zur Verbesserung der Gesundheit der europäischen Bürger beitragen sollen“.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- besserer Gesundheitsschutz der Bürger/innen
- Gesundheitsförderung zur Steigerung von Wohlstand und Solidarität
- Schaffung und Verbreitung von Wissen zu Gesundheitsfragen

## PROGRESS - für Beschäftigung und soziale Solidarität

Ab 2007 startet die Europäische Kommission ein neues Programm: PROGRESS - Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität. Es soll dazu dienen, die Arbeitslosigkeit und deren Ursachen und Probleme besser zu verstehen und dagegen vorzugehen. Das Programm soll die Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds ergänzen. Zudem soll es zur Umsetzung der EU-Sozialpolitik und der Lissabon-Strategie beitragen.

PROGRESS fasst inhaltlich frühere Programme mit den Zielsetzungen Bekämpfung von Diskriminierungen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Anreize für mehr Beschäftigung zusammen. PROGRESS greift diese Ziele in fünf Maßnahmenbereichen wieder auf:

- 1) Beschäftigung,
- 2) Soziale Sicherheit und Integration,
- 3) Arbeitsbedingungen,
- 4) Nichtdiskriminierung und Vielfalt
- 5) Geschlechtergleichstellung.

(mf, cd) ■

## • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80  
eMail: eu-info@dnr.de  
www.eu-koordination.de

## EU-Förderung für Umwelt-NGOs: Frühzeitige Planung nötig

Die hier beschriebenen Förderprogramme haben sehr unterschiedliche Zielsetzungen und erscheinen daher auf den ersten Blick nicht unbedingt relevant für Umwelt-NGOs. Und natürlich sind auch einige Fonds besser für die Anliegen von Umwelt-NGOs geeignet als andere. Allerdings sollte kein Fonds völlig ausgeklammert werden. Selbst im Rahmen der Strukturfonds existieren Finanzierungsmöglichkeiten für NGO-Projekte.

► Deshalb sollten NGOs, die planen, sich in der Förderperiode 2007-2013 auf EU-Gelder zu bewerben, sich jetzt schon Gedanken machen, was für einen Antrag sie stellen wollen und welches Förderprogramm für sie in Frage kommen könnte. Insbesondere NGOs mit wenig EU-Erfahrung sollten davon ausgehen, dass eine korrekte Antragstellung einige Monate an Vorarbeit in Anspruch nehmen kann.

1 Europäische Kommission, 14.7.2004: „Vorschlag für [...] die Durchführung des Programms ‚Jugend in Aktion‘ im Zeitraum 2007-2013“:  
[www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0471de01.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0471de01.pdf)

2 Quellen: Europäische Kommission, 24.5.2006: „Geänderter Vorschlag für [...] ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2007-2013)“:  
[www.ec.europa.eu/health/ph\\_overview/Documents/com\\_2006\\_234\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/com_2006_234_de.pdf)  
sowie: Europäische Kommission - Öffentliche Gesundheit: „Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2007-2013)“:  
[www.ec.europa.eu/health/ph\\_overview/pgm2007\\_2013\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/health/ph_overview/pgm2007_2013_de.htm)

## „Neue Generation der Umweltpolitik“

von Markus Steigenberger, DNR EU-Koordination

### Finnische Ratspräsidentschaft pflegt Dialog als neuen Politikstil

Der finnische Umweltminister Jan-Erik Enestam hat für die derzeitige EU-Ratspräsidentschaft seines Landes eine Diskussion über eine „neue Generation der Umweltpolitik“ angestoßen (EUR 08/09.06, S. 14). Ziel sei es, im Rahmen der EU über neue Wege zu diskutieren, um den Lebensstandard der Europäer/innen durch Ökoeffizienz, proaktive<sup>1</sup> Innovationen und neue Politikansätze zu erhöhen. Als weitere zentrale Punkte nennt Enestam strukturelle Veränderungen in der Energiepolitik, eine - nicht näher definierte - umweltpolitische Globalisierung sowie eine Umweltorganisation der Vereinten Nationen.

### Klimaschutz: Emissionszertifikate für Privatpersonen

Als konkretes Ziel im Bereich Klimaschutz regt der Minister persönliche Emissionszertifikate an. Jedem Bürger und jeder Bürgerin würde demnach eine bestimmte Menge an „Verschmutzungsrechten“ zugesprochen, die er oder sie entweder selbst nutzen oder mit anderen Personen handeln kann.

Um dies zu erreichen, so Enestam, müssten sich die EU-Staaten von althergebrachten Politikstilen verabschieden. Als neue Herangehensweise propagiert er den Dialog mit allen betroffenen Akteuren. Dadurch könnten sich die Staaten auf gemeinsame Ziele einigen, die Umsetzung aber nach eigenen Vorstellungen gestalten. Eine besondere Rolle komme den Innovationen zu, meint der finnische Umweltminister. Gefragt seien nicht nur technische Innovationen, sondern auch rechtliche, soziale, finanzielle, institutionelle und kulturelle.

### Umweltverbände skeptisch

Wie ist dieser Vorstoß zu einer „neuen Generation der Umweltpolitik“ politisch einzuordnen? Finnische und europäische Umweltverbände halten eine Bewertung für verfrüht. Einerseits könnte der neuartige Ansatz tatsächlich positive Akzente in

<sup>1</sup> Proaktiv: Vorausschauend handelnd (statt nur reagierend).

der zur Zeit wenig proaktiven europäischen Umweltpolitik bringen. Andererseits könnte damit eine Schwächung des europäischen Umweltrechts einhergehen - etwa wenn eine rechtlich verbindliche Gesetzgebung durch vage Dialogprozesse ersetzt werden soll.

In welche Richtung der finnische Ansatz sich entwickeln wird, werden die nächsten Monate der finnischen Präsidentschaft zeigen. Die Umweltverbände wollen den Prozess genau beobachten. Sollte er sich als tragfähig erweisen, wird die Frage interessant, ob auch die deutsche Präsidentschaft ihn weiter verfolgt. ■

### • Weitere Informationen

DNR, EU-Koordination, Markus Steigenberger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86, Fax -80  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de  
www.eu-koordination.de

Quelle: www.eu2006.fi

## Interview „Bessere Rechtsetzung“ contra stabile Umweltgesetze?

Interview mit Dr. Andreas Wasieleski, Umweltministerium Schleswig-Holstein<sup>2</sup>

### Vom Für und Wider einer 1:1-Umsetzung des EU-Rechts

„Bessere Rechtsetzung“ ist das Ziel einer Kampagne der EU-Kommission zur Rationalisierung und Entbürokratisierung der EU-Rechtsetzung. In der EU-Abfallpolitik könnte dies zu einer generellen Deregulierung und damit zum Schaden der Umwelt führen. Das befürchteten zumindest Teilnehmer/innen einer internationalen Konferenz in Brüssel Ende Juni. Mehrfach wurden Forderungen nach „mehr Ehrgeiz und größerer Klarheit“ im Vorschlag ▼ der EU-Kommission zur Revision der Abfallrahmenrichtlinie laut. Die Umweltministerin von Brüssel-Stadt Evelyne Huytebroeck - an sich nicht gegen die Konsolidierung von EU-Regeln - warnte, es könne zur Schwächung des Rechts und zu nachteiliger Deregulierung kommen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten bräuchten aber „größere Stabilität, nicht weniger Gesetze“.<sup>3</sup>

### Beispiele für Vereinfachung von EU-Recht

Ebenfalls Ende Juni hat die EU-Kommission einen Bericht veröffentlicht, in dem Umsetzungsvorschläge für eine „bessere Rechtsetzung“ gemacht werden. Bereits 1997 hatte die Kommission eine Arbeitsgruppe zur Vereinfachung von Umweltanforderungen an Unternehmen (BEST)<sup>4</sup> eingesetzt, die seither Empfehlungen für Maßnahmen ausarbeitet. BEST soll die „Qualität der Gesetzgebung“ verbessern und „unnötige Belastungen für Unternehmen“ beseitigen.<sup>5</sup> Im aktuellen „BEST-Report“ werden 76 Beispiele vorgestellt, wie die Kosten für Unternehmen bei der Einhaltung von Umweltgesetzen gemindert werden können.

<sup>2</sup> Leiter des Referats Rechtsangelegenheiten des Technischen Umweltschutzes im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein

<sup>3</sup> Quelle: Environment Daily 21.06.06

<sup>4</sup> Business Environment Simplification Task force - etwa: „Arbeitsgruppe zur Vereinfachung von Umweltanforderungen an Unternehmen“

<sup>5</sup> www.bdi-online.de/Dokumente/Europapolitik/Ko-und\_Selbstregulierung\_pdf.pdf

Vor diesem Hintergrund befragte das EU-Rundschreiben einen der deutschen Experten für „gute Praxisbeispiele zur Rationalisierung und Vereinfachung von umweltbezogenen Regelungsvorhaben“: Andreas Wasielewski, Referatsleiter im schleswig-holsteinischen Landwirtschafts- und Umweltministerium.

**Herr Dr. Wasielewski, Sie sind vom Bundesumweltministerium als nationaler Experte für den BEST-Prozess nach Brüssel entsandt worden. Welches gute Praxisbeispiel hat Schleswig-Holstein zur Vereinfachung für Unternehmen bei der Erfüllung von Umweltrecht beigesteuert?**

Beim BEST-Prozess geht es um „Leuchtturmprojekte“ aus Mitgliedstaaten, um die Wirtschaft bei der Durchführung von umweltbezogenen Rechtsvorschriften zu entlasten. Die Initiative geht von der Generaldirektion Unternehmen der EU-Kommission aus, aber Umweltvertreter werden ausdrücklich beteiligt.

Wir haben in Schleswig-Holstein für Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz mit den Wirtschaftsverbänden eine Vereinbarung geschlossen. Danach wird bei größeren Vorhaben neben einem zentralen Projektmanagement bei der Genehmigungsbehörde zusätzlich ein „Genehmigungslotse“ eingesetzt, der für das antragstellende Unternehmen im Ministerium als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Seine Aufgabe ist es, für einen schnellen und sachgerechten Abschluss des Genehmigungsverfahrens zu sorgen und bei möglichen Konflikten eine moderierende Rolle einzunehmen. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht und möchten diese gerne, auch europaweit, weitergeben.

**Bei den Vorhaben zur „besseren Rechtsetzung“ geht es den Initiatoren darum, „überflüssige Bürokratie“ abzubauen. In den Umweltverbänden wächst das Misstrauen, dass damit langfristig Umweltstandards gesenkt werden sollen. Wie schätzen Sie das ein?**

Beim BEST-Projekt geht es ausdrücklich nicht darum, materielle Standards zu senken, sondern Wege aufzuzeigen, wie bei bestehender Rechtslage notwendige Verwaltungsverfahren weiter vereinfacht und beschleunigt werden können. Noch bis in die 1980er Jahre war Deutschland im Umweltschutz häufig ambitionierter als

manch anderes Land in der EU. Diese Tendenz hat sich aber ab Mitte der 90er Jahre merklich abgeflacht. Nach zahlreichen Diskussionen, insbesondere im Hinblick auf einen befürchteten deutlichen Wettbewerbsnachteil - Anlagenehmigungen sind in Deutschland mitunter teurer -, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland in der Regel eine so genannte „1:1-Umsetzung“ von europäischem in nationales Recht notwendig, aber auch ausreichend ist.

In der Praxis ist dies aber teilweise ziemlich komplex und auch ambivalent. Im Immissionsschutz beispielsweise ist das deutsche Recht nach wie vor in Bereichen strenger als das EU-Recht. So ist die Anzahl der Anlagentypen, die einer vorherigen Genehmigung bedürfen, deutlich höher als in anderen Staaten. Die Schwelle, ab welchem Grad der Änderung einer bestehenden Anlage ein Genehmigungserfordernis besteht, hingegen ist niedriger. Was auf den ersten Blick nach einem höheren Aufwand für die Unternehmen aussieht, birgt jedoch auch erhebliche Vorteile. Eine Genehmigung vermittelt eine erhöhte Rechtssicherheit gegenüber Klagen Dritter und verleiht überdies dem Unternehmen einen auch wirtschaftlich nicht zu unterschätzenden Bestandsschutz. Diese Vorteile werden auch von der Industrie klar gesehen.

Mitunter nützt Bürokratie-Abbau und Vereinheitlichung von Umweltrecht aber auch allen Beteiligten. In Deutschland gab es kürzlich eine Rechtsänderung mit dem Ziel, das abfallrechtliche Überwachungsverfahren zu vereinfachen. Bei der Durchführung von Abfalltransporten ist ein so genanntes Begleitscheinverfahren notwendig, mit reichlich Formularen und Nachweisen. Nunmehr wird ein elektronisches System etabliert. Dieses wird künftig zu schnelleren und kostengünstigeren Verfahren führen, ohne dass die notwendige Prüftiefe und Kontrolldichte reduziert wird. Wegen der grenzüberschreitenden Bedeutung der Abfalltransporte wäre allerdings ein elektronisches Nachweissystem wünschenswert, das mit Systemen der anderen europäischen Länder kompatibel ist. Aber vielleicht ist dies ja der nächste Schritt.

**Wie sehen Sie denn die Umsetzung des EU-Umweltrechts in Deutschland?**

Bei der Umsetzung von EU-Umweltrecht ist Deutschland sicher gut positioniert, allerdings wird durch die föderale Struktur manches komplizierter. Die Föderalismusreform, so ist zu hoffen, wird hier einiges verbessern.

Aus rechtlicher Sicht ergibt sich aus der 1:1-Umsetzung übrigens teilweise ein Problem an einer noch wenig bekannten Stelle. Bislang ist häufig versucht worden, Vorgaben des europäischen Rechts in das deutsche Rechtssystem zu „übersetzen“, was mitunter dann recht lang und mühsam war, wenn es um Strukturelemente ging, die dem deutschen Recht fremd sind. In diesem Zusammenhang sei etwa an die Umsetzung der Umweltverträglichkeitsprüfung erinnert. Inzwischen wächst die Neigung des Gesetzgebers, schon aufgrund der knappen Umsetzungsfristen, EU-Begrifflichkeiten wortwörtlich zu übernehmen. Das macht den Umsetzungsprozess zwar erst einmal schneller. Dafür wird es aber für den Vollzug schwieriger, der gelegentlich unscharfe Definitionen und unbekannte Begrifflichkeiten in rechtssicheres Verwaltungshandeln übertragen muss. Streitigkeiten und Unsicherheiten sind vorprogrammiert und können letztlich erst vor Gericht einer Klärung zugeführt werden. Unter Umständen kann eine wohlmeinende „1:1-Umsetzung“ also neue Probleme an anderer Stelle aufwerfen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

(jg) ■

• **Weitere Informationen**

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Dr. Andreas Wasielewski, Referatsleiter Rechtsangelegenheiten, Kiel  
Tel. 0431-988-7261, Fax -7179  
eMail:  
andreas.wasielewski@mllur.landsh.de

## Gastbeitrag Wenn die Preise die Wahrheit sagen

von Daniel Unsöld, BUND

### Neue Studie plädiert für kohärente ökologische Steuerreform in der EU

„Umweltpolitik ist nicht die Lösung für mangelndes Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit.“ Mit dieser provokativen These schaffte es eine im Auftrag der dänischen Regierung erstellte Studie Ende August in die Schlagzeilen. „Green Roads to Growth“ - Grüne Wege zum Wachstum - lautet der Titel der vom Environmental Assessment Institute (IMV) in Kopenhagen erstellten Studie, die nicht zuletzt auch den Ergebnissen einer BUND-Studie ● zum gleichen Thema zu widersprechen scheint. Hatte diese doch bis 2020 ein Potenzial von 1,5 Millionen zusätzlichen Stellen durch Umweltschutz prognostiziert.

Weit gefehlt aber, wenn man hinter dieser These einen Schatz an Argumenten gegen Umweltpolitik suchte. Vielmehr findet man ein Plädoyer für eine mutige, weitsichtige und vor allem grundlegende Umweltpolitik. Die Wissenschaftler des IMV sind somit in ihrer Radikalität der europäischen Debatte weit voraus.

### Mehr Spielraum für Umweltpolitik

Auf den ersten Blick lesen sich die Ergebnisse der Experten negativ: Umweltpolitik sei nicht das richtige Werkzeug, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Im gleichen Atemzug wird aber festgestellt: Der Markt versagt ohne Steuerung bei der Aufgabe, Umweltgüter zu schützen. Wohin zielt also die Studie?

Genauer betrachtet wenden sich die Autoren gegen zwei Tatbestände:

- a) Umweltpolitik wird - trotz der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung in der EU - immer daran gemessen, dass sie Arbeitsplätze und Wachstum schafft. Damit, so die IMV-Studie, werde der dringend zu verstärkende Umweltschutz zu sehr eingeengt.
- b) Die Politik - beeinflusst von einzelnen Interessengruppen - zögert dabei, die Marktbedingungen grundlegend dahingehend zu verändern, dass die Preise die Kosten für den Verbrauch von Umweltgütern abbilden. Partielle Subven-

tionspolitik, so die Studie, führe nachweislich nicht zu den besten Lösungen.

### Experten fordern: Durch Steuern lenken, durch Forschung fördern

Der Bericht des IMV mit Beiträgen von knapp 30 Experten aus 9 Ländern kommt zu drei Schlussfolgerungen:

- Politikgestaltung: Es muss umfassender als bisher analysiert werden, mit welchen Mitteln umweltpolitische Ziele kreativ, effektiv und innovativ erreicht werden können;
- Steuerreform: Dem Mittel einer ökologischen Steuerreform muss mehr Beachtung geschenkt werden. Je unspezifischer die Förderung und je klarer die veränderten Rahmenbedingungen sind, desto flexibler kann der Markt die effektivsten Varianten hervorbringen.
- Forschung und Entwicklung im Bereich grüner Technologien müssen stärker gefördert werden, wobei auch hierbei keine allzu starke Festlegung auf spezielle Technologien im Vorhinein stattfinden sollte.

### Besser informiert lässt es sich unabhängig entscheiden

Letzten Endes kommen die Wissenschaftler damit zu einer Erkenntnis, die die Umweltverbände lange Zeit fast gebetsmühlenhaft wiederholt haben: Dass die „Internalisierung der externen Kosten“ der Königsweg sei. Leider sind politische Projekte in diese Richtung bisher meist daran gescheitert, dass jede effektive Politik auch Verlierer hervorbringt - und die setzen sich bei den politischen Entscheidungsträgern gegen eine Veränderung der Rahmenbedingungen ein. Vielleicht könnte eine breite und unabhängige Überprüfung von Politikmaßnahmen im Vorfeld helfen, politische Entscheidungen weitgehend unbeeinflusst und mit langfristiger Perspektive zu treffen.

Ob die präsentierten Fallbeispiele der 500-seitigen Studie im Einzelnen einer Überprüfung standhalten, ist eine Frage für Experten. Die Kernfrage aber, ob Wirtschaftswachstum überhaupt mit Umweltschutz vereinbar ist - diese Frage haben auch die Dänen gar nicht erst gestellt. ■

### • Weitere Informationen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Daniel Unsöld, Nachhaltigkeitsstrategie, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-462, Fax -440  
eMail: daniel.unsoeld@bund.net  
www.bund.net

BUND-Studie „Umwelt und Beschäftigung 2006“:  
www.umweltbeschaeftigt.de

## EU-Kommission überprüft Ökomanagementsystem

### Verbindung von EMAS und IVU-Richtlinie möglich

Die Europäische Kommission will in der ersten Hälfte des Jahres 2007 einen Vorschlag ▼ zur Überprüfung des Umweltmanagementsystems EMAS<sup>1</sup> vorlegen. Dies meldete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Der Vorschlag könne zu Überprüfungen anderer EU-Gesetze führen und eine bessere Integration von EMAS in die europäische Umweltpolitik bewirken.

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission will Unternehmen ermutigen sich um ein EMAS-Zertifikat zu bemühen. Um dies zu erreichen, soll eine Verbindung zwischen EMAS und der Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) geschaffen werden. Das könnte bedeuten, dass EMAS-zertifizierte Unternehmen, die der IVU-Richtlinie unterliegen, weniger streng kontrolliert würden und ihre Genehmigung leichter erneuern könnten. Von offizieller Seite wird aber betont, dass der Plan der EU-Kommission noch in den Kinderschuhen stecke.

### EU-Kommission: EMAS nicht ausreichend bekannt

Die Überprüfung soll EMAS außerdem bekannter, leichter verständlich und lesbarer machen. EMAS als europäisches Managementsystem mit strengeren Kriterien ist deutlich unbekannter als sein internationales Pendant ISO 14001. Die geplante Überprüfung soll daher auch eine Verbesserung der Werbung für EMAS in der Öffentlichkeit beinhalten. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

EMAS Help Desk, c/o Bradley Dunbar Associates, Scotland House, Rond-Point Schuman 6 - 8th floor, B-1040 Brüssel  
Tel./Fax 0032 2 / 2828454  
eMail: [emas@ec.europa.eu](mailto:emas@ec.europa.eu)  
[www.ec.europa.eu/environment/emas](http://www.ec.europa.eu/environment/emas)

Quelle: ENDS Europe Daily, 17.07.06

## Umweltverträglichkeitsprüfung mit Ausnahmen

### EU-Kommission legt Leitfaden für Auslegung der EIA-Richtlinie vor

Die Europäische Kommission hat einen 11-seitigen Leitfaden für die Auslegung der umstrittenen Ausnahmeklausel der Richtlinie über das „Environmental Impact Assessment“ (EIA) veröffentlicht. Die EIA-Richtlinie (85/337/EWG) schreibt den Mitgliedstaaten vor, bei Projekten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Umwelt im Vorfeld eine Bewertung der zu erwartenden Schäden vorzunehmen. Nur in Ausnahmefällen dürfen sie auf diese Bewertung verzichten (Art. 2.3). Was konkret unter einer solchen Ausnahme zu verstehen ist, definierte die Richtlinie allerdings nicht.

### EuGH wird Ausnahmen im Streitfall streng auslegen, hofft die Kommission

In ihrem - allerdings nicht verbindlichen - Leitfaden geht die Kommission davon aus, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Richtlinie im Streitfall voraussichtlich sehr eng auslegen wird. Dann bedürfte es schwer wiegender Gründe, um eine Ausnahme zu rechtfertigen. Solche könnten etwa Situationen sein, die unmittelbare Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen bedeuten würden, oder die faktische Unmöglichkeit, die Anforderungen der Richtlinie vollständig zu erfüllen. (ms) ■

#### • Weitere Informationen

Leitfaden der EU-Kommission (PDF-Download, 260 kB):  
[www.ec.europa.eu/environment/eia/pdf/eia\\_art2\\_3.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/eia/pdf/eia_art2_3.pdf)

## Newsticker

### Mangelhafte Risiko-Kommunikation in der Chemie- und Biotechindustrie:

In einem von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Dialogprozess zur Risikokommunikation sind die Teilnehmer zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Thema von Unternehmen nicht ernst genug genommen wird. Untersucht wurde die gegenwärtige Praxis in der chemischen Industrie sowie der Biotech- und der Elektrizitätsbranche in der EU, den USA, Kanada und einigen weiteren Staaten. Die Teilnehmer des so genannten STARC-Projekts (Stakeholder in Risk Communications) fordern daher, dass Risiken, die bei der Produktion auftreten, zukünftig im Jahresbericht deutlich dargestellt werden sollen. Das Untersuchungsergebnis zeigt große Unterschiede zwischen einzelnen Staaten. Von einer europäischen Harmonisierung raten die Autoren gleichwohl ab - ein regelmäßiger Austausch mit Darstellung von guten Praxisbeispielen sei geeigneter. (ms)

Quelle: ENDS Europe Daily 30.08.06  
<http://starc.jrc.it>

■

<sup>1</sup> Eco-Management and Audit Scheme (= System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung), geregelt in EG-Verordnung Nr. 1863/93

## Ivorische Regierung tritt wegen Umweltskandal zurück

### Acht Tote und Tausende Kranke durch EU-Giftmüll in der Elfenbeinküste

Mitte August hat eine niederländische Transportfirma, die ein griechisches Containerschiff gemietet hatte, 528 Tonnen hochgiftige Chemieabfälle auf Müllkippen in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, abgeladen. Aufgrund der toxischen Dämpfe starben acht Menschen. Über 80.000 erkrankten und mussten sich wegen teilweise schwerer Vergiftungsercheinungen behandeln lassen. Daraufhin reichte Anfang September Regierungschef Charles Konan Banny den Rücktritt des gesamten Kabinetts ein. Die Behörden der Elfenbeinküste nahmen wenig später zwei französische Mitarbeiter des holländischen Unternehmens Trafigura fest.

### Opposition wirft Staat Korruption vor

Das Übergangskabinett von Ministerpräsident Banny, der erst im Dezember 2005 als neutraler Chef einer Allparteienkoalition von internationalen Vermittlern eingesetzt worden war, sollte das Bürgerkriegsland Elfenbeinküste bis zum Oktober zu freien Wahlen führen. Doch rivalisierten nach wie vor Rebellen mit der Regierung. Die Oppositionsparteien machen die Regierung für den Umweltskandal verantwortlich. Anhänger des Staatsoberhauptes Laurent Gbagbo hätten sich mit bis zu 26 Millionen Euro bestechen lassen.

### Illegales Dumping trotz Baseler Konvention

Seit 1989 gilt die Baseler Konvention, ein Abkommen, das 170 Staaten unterzeichnet haben. Danach muss die Ausfuhr von gefährlichen Abfällen genehmigt werden muss. Obwohl das „Gift-Dumping“ verboten wurde, nutzen westliche Unternehmen Afrika weiter als Abladeplatz, weil sie sich mit diesem illegalen Geschäft die teure Entsorgung zu Hause sparen. (nt/jg) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Joachim Wuttke, Abfallexperte, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0  
eMail: pressestelle@uba.de  
www.umweltbundesamt.de

Quellen: taz, 08.09.06, 15.09.06  
dpa 19.09.06

## EU-Bürger/innen verursachen immer mehr Abfälle

### EU-Kommission untersucht Umsetzung der Abfall-Richtlinien in den Ländern

Mitte Juli hat die EU-Kommission ihren Bericht<sup>1</sup> über die Umsetzung der EU-Regelungen im Abfallrecht in den einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Umsetzung der Rechtsvorschriften sei „immer noch nicht als zufrieden stellend anzusehen“. Deshalb seien „erhebliche Anstrengungen“ zur vollen Umsetzung, insbesondere bei der Förderung von Abfallvermeidung und Recycling, erforderlich.

In der EU-15 - dem Gebiet der EU vor dem Mai 2004 - ist das Abfallaufkommen pro Haushalt im Berichtszeitraum weiter gestiegen, und zwar auf 580 kg pro Kopf und Jahr. Verwertet wurden davon durchschnittlich 32 Prozent (mit einer Spannweite von 8 bis 56 Prozent). Durchschnittlich 44 Prozent aller Abfälle endeten auf Deponien. Der Anteil der Verbrennung mit gleichzeitiger energetischer Verwertung „stellt in bestimmten Mitgliedstaaten eine wichtige Form der Abfallbehandlung dar“.

Das Aufkommen an gefährlichen Abfällen hat ebenfalls zugenommen und beträgt derzeit 120 kg pro Kopf und Jahr. Auch hier war die wichtigste Form der Entsorgung die Deponierung (26 %), der Verwertungsanteil betrug 21 %. Noch immer haben nicht alle EU-Staaten Abfallwirtschaftspläne für gefährliche Abfälle.

In der EU-15 wurden im Jahr 2003 insgesamt 81 Prozent des Altöls gesammelt, davon allerdings nur 44 Prozent aufbereitet.

Das Aufkommen von Klärschlämmen ist im Zeitraum 2001-2003 tendenziell gestiegen; nur acht von 15 Mitgliedstaaten meldeten einen oder mehr Grenzwerte, die unter den in der Richtlinie von 1986 festgelegten Grenzwerten liegen. Die durchschnittlichen Schwermetallkonzentrationen in Schlämmen, die in der Landwirtschaft

1 KOM(2006) 406: Bericht der Kommission über die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts im Bereich der Abfallwirtschaft - Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle, Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle, Richtlinie 75/439/EWG über die Altölbeseitigung, Richtlinie 86/278/EWG über Klärschlamm, Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien für den Zeitraum 2001-2003

verwendet werden, lagen laut Bericht deutlich unter den in der Richtlinie festgelegten Grenzwerten. Teilweise wurden weniger Klärschlämme in der Landwirtschaft verwendet, was an der „zunehmenden Besorgnis der Verbraucher“ liegen könnte.

Alle Mitgliedstaaten haben Rücknahme-, Sammel- und Verwertungssysteme für Verpackungsabfälle eingerichtet und Maßnahmen zur Vermeidung von Verpackungsabfall eingeführt. Hierzu zählen verschiedene Pläne, Vereinbarungen, Informationskampagnen, Zuschüsse, Zielgrößen und wirtschaftliche Instrumente (Steuern, Gebühren für die Hersteller usw.). Trotz dieser Maßnahmen stieg die Verpackungsabfallmenge zwischen 2000 und 2002 von 66 auf 67 Mio. Tonnen. Eine eingehende Analyse von Kosten und Nutzen der Richtlinie 94/62/EG soll in einem gesonderten Bericht erfolgen.

Wegen unvollständiger Umsetzung der Richtlinie über Abfalldeponien sind mehrere Mitgliedstaaten (u. a. Großbritannien, Frankreich, Irland, Spanien, Griechenland) vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) verurteilt worden. Gegen Spanien, Griechenland, Irland und Belgien hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

### Deponien genügen technischen Anforderungen nicht

Für die Mitgliedstaaten am schwierigsten umzusetzen war offenbar der Umgang mit Mülldeponien - einschließlich der Datenübermittlung, der Entwicklung von Kriterien für die Annahme des Abfalls und der Verringerung der biologisch abbaubaren Abfälle auf Deponien. Um den bestehenden Anforderungen zu genügen, müssten viele Deponien technisch umgerüstet oder sogar geschlossen werden, so der Kommissionsbericht. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Vollständiger Bericht (deutsch; PDF-Download, 139 kB):  
www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\_0406de01.pdf

### Elektroschrottrichtlinie: Frist wird nicht eingehalten

#### Noch keine Umsetzung in Großbritannien...

In Großbritannien können die Bürger/innen noch immer nicht ihre alten Elektrogeräte zurückgeben, wie das die EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) vorsieht. Bis zum August 2005 hätte die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden müssen. In Großbritannien wird es offenbar frühestens im Juli 2007 ein Gesetz geben. Die Regierung hat zwar bereits einen Vorschlag vorgelegt, dessen Konsultation läuft allerdings noch bis Oktober dieses Jahres. Demnach soll es in Großbritannien ein händlergestütztes Rücknahmesystem mit einem Netzwerk aus ausgewiesenen Sammelstellen geben. Die Produzenten müssen sich registrieren lassen, sollen aber selbst entscheiden können, ob sie die Kosten für die Altgerätesammlung für die Kund/innen sichtbar auspreisen. Die Industrie protestierte und sähe lieber einen Vorschlag für eine generelle Gebühr für das Recycling von Altgeräten.

#### ...und Portugal

Das portugiesische Abfallinstitut hat Ende August kritisiert, dass es in Portugal keine adäquate Infrastruktur für Elektroschrott gebe. Zwar bezahlten die portugiesischen Verbraucher/innen seit Mai 2006 für die potenziellen Recyclingkosten, allerdings fehlten grundlegende Details eines Recycling-Systems, das zwei im März beauftragte Organisationen umsetzen sollten. Eine der beiden, die industriegestützte Europäische Recycling-Plattform, beklagte wiederum die Untätigkeit der Regierung sowie hohe Anfangskosten und versprach, die Probleme bis Oktober zu lösen.

#### Weitere Schritte

Bis zum 11. August mussten die Mitgliedstaaten berichten, wie die Umsetzung der WEEE-Richtlinie vorangekommen ist. Bis Ende 2006 soll die Menge des gesammelten Elektroschrotts bei 4 kg pro EU-Bürger/in und Jahr betragen - einige der neuen Mitgliedstaaten haben noch bis 2008 dafür Zeit. Im Juni 2008 soll es eine Revision der WEEE-Richtlinie geben. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: EurActiv 24.07.06, ENDS Europe Daily, 26.07.06, 23.08.06

### Bald EU-einheitliche Regelungen für Kompost?

#### Großbritannien entwickelt

**Produktkriterien für organischen Müll**  
Die Umweltagentur für England und Wales entwickelt derzeit Kriterien, ab wann biologische Abfälle als „Produkt“ einzustufen sind. Es sei anzunehmen, dass die Ergebnisse in den Prozess auf EU-Ebene einfließen, um europaweit einheitliche Standards zu erreichen, meldete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Die Umweltagentur hatte Mitte September eine dreimonatige Konsultation gestartet und will ihre Leitlinien Anfang 2007 veröffentlichen.

#### NGOs fordern für Kompost und

**„Produkte“ strenge Umweltstandards**  
In ihrer thematischen Strategie zu Abfällen (KOM(2003) 301) hat die EU zwar die Behandlung organischer Abfälle als einen Schwerpunkt benannt. Sobald aus Kompost ein „Produkt“ geworden ist, gelten allerdings die strengeren Abfallregelungen nicht mehr. Deswegen fordern Umweltverbände strenge Kriterien sowohl für den Kompost selbst als auch für die Definition, wann aus Abfall ein Produkt wird (EUR 07.06, S. 13). (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily 12.09.06  
Umweltagentur für England und Wales:  
[www.environment-agency.gov.uk/news/1467854](http://www.environment-agency.gov.uk/news/1467854)

### Newsticker

#### Giftiger Elektroschrott: Rangliste bewertet Unternehmen

Greenpeace hat einen „Leitfaden zur Grünen Elektronik“ veröffentlicht und dafür eine ökologische Rangliste von Elektronik-Unternehmen ermittelt. Hierfür wurde u. a. bewertet, welche Substanzen in den Produkten verwendet werden und ob es Rückgabe- und Recyclingmöglichkeiten gibt. Insgesamt wurden 14 Unternehmen untersucht worden, von denen keines die volle Punktzahl erreichte. Die Rangliste soll vierteljährlich erscheinen und vor allem zeigen, was die Unternehmen tatsächlich tun, statt nur wiederzugeben, was sie ankündigen. Für angekündigte, aber nicht eingeführte Verbesserungen soll es auch Strafpunkte geben. Unternehmen, die bei der Herstellung von vornherein auf gefährliche Substanzen verzichten, schneiden höher ab, als Unternehmen, die sich „nur“ um Rücknahmemöglichkeiten bemühen. Spitzenreiter waren Nokia und Dell mit sieben von zehn Punkten, während Apple, Acer und Motorola mit weniger als drei Punkten das Schlusslicht bilden. (jg)  
[www.greenpeace.org/international/campaigns/toxics/electronics](http://www.greenpeace.org/international/campaigns/toxics/electronics)

#### Müllmengen der Mittelmeerländer steigen

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat Umweltdaten für die 12 so genannten EU-Partnerländer im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zusammengetragen. Für das MEDSTAT-Umweltprojekt wurden u. a. Daten über Bodennutzung, Wälder, Wasser, Meeresumwelt und Biodiversität sowie die Behandlung von Abfällen erhoben. Dabei wurde festgestellt, dass die Mengen von städtischem Müll kontinuierlich ansteigen, auch wenn es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt. So hat Tunesien ein Pro-Kopf-Müllaufkommen von 204 kg im Jahr, während die Bewohner/innen Zyperns auf 718 kg kommen (Durchschnittswert 2000-2005). Problematisch ist besonders in Tunesien, Syrien und den Palästinensergebieten, dass viele Haushalte, vor allem in ländlichen Regionen, gar nicht Teil eines öffentlichen Müllbeseitigungssystems sind. (jg)  
Quelle: [www.resourcesnotwaste.org](http://www.resourcesnotwaste.org) ■

## **EU-Staaten sollen Agrargelder in Millionenhöhe zurückzahlen**

### **162 Millionen Euro wurden nicht ordnungsgemäß verwendet**

Die Europäische Kommission hat Ende Juli entschieden, 162 Millionen Euro von den Mitgliedstaaten zurückzufordern, die diese für Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhalten hatten. Die Gründe für die Rückforderung sind nach Angaben der Kommission unzulängliche Kontrollverfahren und Verstöße gegen die EU-Vorschriften für die Agrarausgaben. Die Mitgliedstaaten sind für die Auszahlung und Kontrolle der Ausgaben im Rahmen der GAP verantwortlich, und die Kommission muss sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die Mittel ordnungsgemäß verwendet haben.

### **Höchste Summen von Frankreich und Spanien zurückgefordert**

In Folge dieser Entscheidung verlangt die Kommission von Griechenland, Frankreich, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Großbritannien Beträge zurück. Die höchsten Forderungen gehen an Frankreich und Spanien. Über 77 Millionen Euro soll allein Frankreich zurückerstatten, weil es direkte Beihilfen für nicht förderfähige Flächen gezahlt und keine Sanktionen angewendet hat. Auf Spanien kommt eine Rückerstattungsforderung von mehr als 33 Millionen Euro zu. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: agr-library@cec.eu  
www.ec.europa.eu/agriculture

## **EU-Kommission lehnt deutsche Düngeverordnung ab**

### **Vertragsverletzungsverfahren könnte Berlin Millionen kosten**

Der Umweltverband BUND hat sich zufrieden mit der Entscheidung der EU-Kommission gezeigt, die deutsche Düngeverordnung abzulehnen. Die Verordnung soll dem Schutz der Gewässer vor Überdüngung dienen. Anfang August erhielt die Bundesregierung ein Mahnschreiben aus Brüssel, in dem EU-Umweltkommissar Stavros Dimas bemängelte, die Verordnung enthalte zu viele Ausnahmen und Lücken. Der Umweltkommissar kündigte Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren an, das Strafen in Millionenhöhe nach sich ziehen könnte.

### **Zu viele umweltschädliche Ausnahmen**

Mit der Verordnung sollte die EU-Nitratrichtlinie, also u. a. der EU-Grenzwert für die Ausbringung von Gülle, in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Hauptkritikpunkte sowohl des BUND als auch der Kommission: Für das Ausbringen von Dünger wurde kein eindeutiger Mindestabstand zu Flüssen und Seen festgelegt; für das Auswaschen von Nährstoffen wie Nitrat und Phosphat ins Grundwasser war kein Minimierungsgebot enthalten. Außerdem fehlten eindeutige Düngeverbote bei Überschwemmungen und für den Winter, wenn die Pflanzen keine Nährstoffe aufnehmen.

In der Düngeverordnung wurden auch die Ammoniak-Emissionen aus Schweine- und Geflügelställen in der Verordnung nicht berücksichtigt. Damit solle die schlechte Nährstoffbilanz der umweltschädlichen Massentierhaltung bewusst verfälscht werden, vermutet der BUND. Die Verordnung von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer hätte weder Umwelt noch Verbraucher vor zuviel Nitrat und Phosphat in Grund- und Trinkwasser geschützt. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-481, Fax -449  
eMail: reinhild.benning@bund.net  
www.bund.net

## **EU-Pilotprojekt für ländlichen Ökotourismus**

### **Weiterbildung zur Berater/in für „Ecological Agrarian Tourism“**

Ab September soll das Konzept „Ecological Agrarian Tourism“ (EAT) in Deutschland und den Partnerländern Dänemark, Polen, Schweiz und Tschechien getestet werden. Im einwöchigen Theorieteil erwerben die Teilnehmer/innen Beratungskennnisse, die sie anschließend bei einem Praktikum auf einem Bauernhof ausprobieren können.

Das EAT-Konzept wurde seit Oktober 2005 im Rahmen des EU-Bildungsprogramms LEONARDO DA VINCI entwickelt und von der Europäischen Kommission gefördert. Initiiert wurde es auf der Grundlage der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die neue Lösungen für den ländlichen Raum und den Umweltschutz erfordert.

### **Öko-Urlaub auf dem Bauernhof als zusätzliches Standbein für Landwirte**

Ökotourismus auf dem Land kann für Bauern und Bäuerinnen eine zusätzliche Einnahmenquelle werden. Dafür brauchen sie aber Unterstützung in Form einer qualifizierten Beratung. Das Angebot für die Weiterbildung zum „Fachberater/Multiplikator Ökologischer Agrartourismus“ war die Hauptaufgabe des Pilotprojekts. Die Qualifikation richtet sich an Absolvent/innen und Ausbilder landwirtschaftlicher und touristischer Berufe und an Landwirt/innen mit Erfahrungen bei der Umgestaltung von Agrarbetrieben. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsförderung & Management, Bernd Nennstiel, Mittelhäuser Str. 74, 99089 Erfurt  
Tel. 0361 / 737679-11, Fax -18  
eMail: iwmgmbh@iwmg-erfurt.de  
www.eat-web.de

### Ombudsman: EU-Kommission versagte im Gentechnikstreit

#### Geheimniskrämerei gegenüber Umweltverband kritisiert

Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsman) hat das Verhalten der EU-Kommission im Streit zwischen den USA und anderen Staaten sowie der EU um den Handel mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) 2004 als „Missmanagement“ bezeichnet. Damals verweigerte die Kommission der Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) den Einblick in ein Dokument, das wissenschaftliche Bedenken über die Sicherheit von GMO sowie die Verteidigungsstrategie und Argumente der Kommission beinhaltete.

#### Vorrangiges öffentliches Interesse an Genfood bestätigt

FoEE hatte daraufhin Beschwerde beim Bürgerbeauftragten eingereicht, weil er ein „vorrangiges öffentliches Interesse“ beim Thema Genfood sieht. Der Fall habe nicht das gleiche Geheimhaltungsniveau wie ein Gerichtsverfahren. Der Bürgerbeauftragte gab den Umweltschützern in diesem Fall Recht, stimmte allerdings der Forderung des Verbands nicht zu, künftig regelmäßig alle Dokumente zu veröffentlichen, die WTO-Angelegenheiten betreffen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Gentechnik-Kampagne, Adrian Bebb,  
Rue Blanche 15, B-1050 Bruxelles  
Tel. 1609 / 490 1163  
eMail: [adrian.bebb@foeeurope.org](mailto:adrian.bebb@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

[www.ombudsman.europa.eu/decision/en/050582.htm](http://www.ombudsman.europa.eu/decision/en/050582.htm)

### Einfuhrkontrollen für US-Reis

#### Jede fünfte Probe mit illegaler Gentech-Sorte LL601 kontaminiert

Die EU hat Ende August die Einfuhr von Langkornreis aus den USA stark beschränkt. Sechs Monate lang bekommen nur solche Lieferungen eine Einfuhrerlaubnis, die von „einem akkreditierten Labor getestet wurden“ und ein Zertifikat nachweisen, das garantieren soll, dass der Reis gentechnikfrei ist.

In den Vereinigten Staaten waren bei Langkornreis-Lieferungen Spuren einer nicht genehmigten gentechnisch veränderten Reissorte entdeckt worden. Europäische Reimporteure haben die Befürchtung geäußert, ein Fünftel des importierten Reises könnte Spuren der nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Reissorte LL601 von BayerCropScience aufweisen.

#### Ursache der gentechnischen Verunreinigung unbekannt

Dieser illegale Reis enthält ein fremdes Protein, das ihn gegen Ackergifte immun machen soll. Wie die Verunreinigung des konventionell produzierten Reises zustande kam, ist unklar, denn bislang war der so genannte LLRice nicht für den Markt zugelassen. Auch der probeweise Anbau der Genreissorte wurde laut US-Agrarministerium vor fünf Jahren beendet.

LL601 stammt nach Angaben von Greenpeace von Versuchsfeldern des Bayer-Konzerns in den USA. Die Versuche wurden 2001 abgebrochen, eine Zulassung der Sorte wurde nie beantragt. Die gentechnische Verunreinigung von Langkornreis mit LL601 sei bereits im vergangenen Januar entdeckt worden, so Greenpeace. Die Bayer AG habe die US-Behörden allerdings erst im Juli informiert. Die EU erfuhr davon wiederum erst am 18. August. Von 162 Reisproben aus Lagerbeständen in Europa waren daraufhin 33 positiv auf LL601 getestet worden

#### Umweltverbände: Vorbeugen statt reagieren

Umweltverbände lobten zwar das schnelle Handeln der EU-Kommission, forderten aber gleichzeitig, diese müsse anfangen vorbeugend zu arbeiten statt nur auf „Verunreinigungsfälle“ zu reagieren. Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisierten, die lockeren Sicherheitsvorschriften in den USA hätten zu einer weltweiten

Gefährdung der Verbraucher/innen geführt. Die US-Behörden hingegen versicherten, die Gesundheit von Menschen und die Umwelt seien nicht gefährdet gewesen.

#### Zweiter Skandal in wenigen Tagen - Greenpeace fordert Importverbot

Nach Meinung von Greenpeace soll die EU nicht nur die Kontrollen der Einfuhren verstärken, sondern alle Reisprodukte vorerst vom Markt nehmen lassen, die Langkornreis aus den USA enthalten. „Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass kein illegaler Gen-Reis bei ihnen im Kochtopf landet“, forderte Ulrike Brendel, Gentechnik-Expertin von Greenpeace.

Nach Japan ist die EU die zweitgrößte Importeurin von US-amerikanischem Reis: Jährlich werden etwa 300.000 Tonnen eingeführt. Dies ist der zweite Skandal mit illegalem Gen-Reis in Lebensmitteln auf dem europäischen Markt innerhalb weniger Tage. Greenpeace hatte Anfang September gentechnische Verunreinigungen in chinesischen Reismudeln publik gemacht. (mbu, nh) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-68245, Fax -93219  
eMail: [sanco-mailbox@cec.eu](mailto:sanco-mailbox@cec.eu)  
[www.ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/dgs/health_consumer/index_de.htm)

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Gentechnik-Kampagne, Helen Holder,  
Rue Blanche 15, B-1050 Bruxelles  
Tel. 0032 2 / 5420180  
eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

## **Gen-Baumwolle bringt Chinas Bauern Verluste**

### **Teures Gentech-Satgut kann Schädlinge nicht dauerhaft fernhalten**

Anfang August haben Forscher der New Yorker Cornell University eine Studie präsentiert, die zu dem Ergebnis kommt, dass der Anbau gentechnisch veränderter Baumwolle in China keine Vorteile mehr bringe. Der Pestizideinsatz konnte durch Anbau von gentechnisch veränderter Baumwolle seit 1999 zwar zunächst um 70 Prozent gesenkt werden. Die Gentech-Baumwolle produziert ein Gift, das gegen ihren Hauptschädling, den Baumwollkapselwurm, wirkt.

### **Pestizideinsatz wieder genauso hoch**

Doch nach sieben Jahren habe sich das ökologische Gleichgewicht auf dem Acker verschoben: Andere Schädlinge, vor allem Wanzenarten, gefährdeten die Baumwoll-ernte mittlerweile ebenso stark wie der Kapselwurm. Die chinesischen Bauern müssten wieder genauso viel Pflanzengift auf ihre Felder spritzen wie früher.

Da die Samen für die Gen-Baumwolle aber teurer sind als konventionelles Saatgut und die ursprünglichen Einsparungen durch den Verzicht auf Pestizide zunichte geworden sind, verdienten die Bauern inzwischen acht Prozent weniger. Die Argumente der Saatguthersteller würden somit nicht zutreffen, kritisierte Greenpeace. Agrarkonzerne würden damit werben, dass die Bauern durch geringeren Pestizideinsatz Kosten sparen und umweltfreundlicher Wirtschaften könnten. Doch das Gegenteil sei der Fall: Durch den Verzicht auf Pestizide stiegen die Überlebenschancen anderer Schädlinge.

### **Neue Schutzstrategien notwendig**

Die Autoren der Studie fordern nachdrücklich neue Schutzstrategien - etwa den Einsatz von Raubinsekten gegen die schädlichen Wanzen -, allerdings auch neue gentechnisch veränderte Baumwolle, die Gene zur Bekämpfung anderer Schädlinge enthalten soll. (nh) ■

### • **Weitere Informationen**

Greenpeace, Gentechnik-Experte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100  
christoph.then@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

## **Newsticker**

### **Übersicht über aktuelle Risikoforschung zu Genmais**

Greenpeace hat im Juli eine Auswertung aktueller Forschungsergebnisse zu Gen-Mais-Sorten vorgelegt, die eine Vielzahl negativer Umwelteffekte belegt. Die Studie deckt außerdem auf, dass die Auswirkungen von Gen-Mais auf die biologische Vielfalt in Europa von den Zulassungsbehörden bisher nicht geprüft wurden. Im Oktober läuft die Genehmigung für den auch in Deutschland auf 950 Hektar angebauten Gen-Mais MON810 aus. Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Befunde forderte Greenpeace, dass die Neuzulassung gestoppt und der Gen-Mais vom Markt genommen wird. (mbu)

Studie: [www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/gentechnik/Studie\\_Gen\\_final.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/Studie_Gen_final.pdf)

### **Genfelder: Französisches Gericht stellt Eigentumsrecht über EU-Richtlinie**

Greenpeace ist in Frankreich wegen der Veröffentlichung von Ortsangaben zu Genmais-Feldern verurteilt worden. Ein Gericht in Paris verpflichtete die Umweltschutzorganisation im Juli, von ihrer Internet-Seite eine Karte mit entsprechenden Daten zu entfernen. Greenpeace hatte die Angaben einschließlich der Namen der Bauern und GPS-Koordinaten<sup>1</sup> der Felder Ende Juni ins Internet gestellt. Das Gericht sah darin eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte und „das unmittelbare Risiko“ einer Zerstörung der Felder durch Gentechnik-Gegner. Greenpeace hatte die Aktion mit einer EU-Richtlinie gerechtfertigt, die zur Veröffentlichung von Gentechnik-Standorten verpflichtet, aber in Frankreich nicht umgesetzt ist. (mbu)

Quelle: Der Standard, 27.07.2006



---

<sup>1</sup> GPS: Global Positioning System - satellitengestütztes Navigationssystem zur weltweiten Standortbestimmung.

### Kritik an Schlupflöchern in der REACH-Verordnung

#### WWF: Entwurf nachbessern

Die Naturschutzstiftung WWF hat eine Verschärfung der REACH-Verordnung gefordert. Der bisherige Entwurf der EU-Chemikalienpolitik müsse entsprechend nachgebessert werden. Der WWF befürchtet, dass durch die jetzige Fassung<sup>1</sup> die gefährlichsten Chemikalien - persistente und bioakkumulative Stoffe - nicht vollständig erfasst werden.

Hersteller von Chemikalien, die als PBT<sup>2</sup> klassifiziert sind, müssen nach Inkrafttreten von REACH eine Genehmigung für Produktion und Vermarktung beantragen. Sollten die Stoffe, die vom Europäischen Chemikalienbüro bzw. international bereits als PBTs eingestuft wurden, allerdings unter REACH anders klassifiziert werden, würden sie automatisch dem Genehmigungsverfahren entgehen. Sie müssten als „Chemikalien mit äquivalenten Bedenken“ mit Hilfe des so genannten „Sicherheitsnetzes“ eine Kontrolle erfahren. Dies sei schon jetzt - wegen der hohen zu erbringenden Beweislast - als nicht sehr effektiv anzusehen, so der WWF.

REACH soll die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien in der EU regeln. Künftig dürfen nur noch Stoffe in Verkehr gebracht werden, zu denen ein ausreichender Datensatz vorliegt. Art und Umfang dieser Informationen hängen vor allem vom Produktionsvolumen ab.

#### Bromierte Flammschutzmittel und DDT in Schwertfischen nachgewiesen

Ende August veröffentlichte der WWF eine Studie, in der erstmals bromierte Flammschutzmittel sowie das verbotene Pestizid DDT in Schwertfischen des Mittelmeers nachgewiesen wurden. Die neue Studie zeige einmal mehr, so der WWF, dass die bisherige EU-Chemikalienpolitik nicht ausreiche, um die Verbreitung giftiger Chemikalien zu stoppen. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

<http://detox.panda.org>

1 REACH: Artikel 56(d) oder (e), Details zu Kriterien in Annex XIII

2 Engl.: persistent - bioaccumulative - toxic (Langlebige Stoffe - Stoffe, die sich in Lebewesen anreichern können - giftige Stoffe)

### „EU-Pestizidpolitik schadet Umwelt und Gesundheit“

#### EU-Kommission will acht giftige Pestizide erlauben, Rat nur sechs

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen acht hochtoxische Pestizide<sup>3</sup> eine Genehmigung zur weiteren Vermarktung erhalten, wenn auch mit strengeren Kontrollen als bisher. Die Regierungen der Mitgliedstaaten hatten sich zu dem Thema nicht einigen können. Einige wollten möglichst geringe Kontrollen, andere ein vollständiges Verbot. Zumindest für zwei der acht Pestizide - Azinophos-Methyl und Vinclozolin - verweigerte der EU-Minister rat am 18. September seine Zustimmung für eine Autorisierung.

**Verbände fordern mehr Transparenz und das Verbot gefährlicher Pestizide**  
Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzninitiativen kritisierten beide Entscheidungen. Zur Begründung hieß es, alle acht Pestizide seien potenziell Krebs erregend, giftig für das Nervensystem, schädlich für die Fortpflanzung, Erbgut schädigend und wirkten hormonähnlich.

Ursprünglich sollten alle acht Pestizide Schritt für Schritt verboten werden, aber nach Gesprächen mit großen Chemiefirmen im August 2005 hatte die EU-Kommission ihre Meinung geändert, obwohl nationale Experten schwerste Bedenken vorbrachten. Friends of the Earth Europe, das Europäische Umweltbüro (EEB), das Pestizid-Aktions-Netzwerk und das Umwelt- und Gesundheitsnetzwerk EPHA-EEN forderten die Kommission auf, eine wirksamere und transparentere Entscheidungsfindung in der EU-Pestizidpolitik zu garantieren, die dem öffentlichen Interesse dient. Die Regierungen der Mitgliedstaaten müssten darüber hinaus für die Entwicklung sichererer Alternativen für gefährliche Pestizide tun. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Pesticides Action Network - PAN Europe, Grazia Cioci, Campaign Coordinator, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7908819  
eMail: [grazia-paneuropa@pan-uk.org](mailto:grazia-paneuropa@pan-uk.org)  
[www.eeb.org/press/140906-pr-PAN-EEB-FOE-EEN-Eight-Pesticides.pdf](http://www.eeb.org/press/140906-pr-PAN-EEB-FOE-EEN-Eight-Pesticides.pdf)

3 Azinophos-Methyl, Carbendazim, Dinocap, Fenarimol, Flusilazol, Methamidophos, Procymidon und Vinclozolin

### Schweden verbietet Deca-BDE

#### Textilien, Polster und Kabel ab Januar 2007 ohne umstrittene Chemikalie

Ungeachtet der Verzögerungen und Widerstände auf europäischer Ebene will die schwedische Regierung das bromierte Flammschutzmittel Deca-BDE verbieten. Das Verbot tritt am 1. Januar 2007 in Kraft und betrifft die Verwendung von Deca-BDE in neuen Produkten der Bereiche Textilien, Polsterei und Elektrokabel. EU-Regelungen zur Nutzung von Deca-BDE in Autos und Elektrogeräten<sup>4</sup> sind davon nicht betroffen.

Die schwedische Umweltministerin Lena Sommestad gab diese Entscheidung Mitte August bekannt. Schweden wolle die „notwendige und angemessene“ Kontrolle über das Flammschutzmittel verbessern und sich außerdem als Vorreiter in der EU behaupten, sagte die Ministerin.

#### Gegenwind von EU-Kommission, Mitgliedstaaten und Industrie

Die EU-Kommission sowie Großbritannien und Frankreich hatten sich in diesem Jahr gegen ein Verbot von Deca-BDE ausgesprochen. Deca-BDE ist von der RoHS-Richtlinie ausgenommen, obwohl die Zerfallsprodukte nachweislich gefährlich sind (EUR 05.05, S. 19).

Die Industriegruppe „Ebfrib“ kritisierte die schwedische Entscheidung. Sie widerspreche dem im EU-Vertrag verankerten Freien Güterverkehr und der geplanten Chemikalienverordnung REACH. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass weniger gut getestete oder unsichere Alternativen verwendet würden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily 28.08.06  
Mitteilung der schwedischen Regierung:  
[www.sweden.gov.se/sb/d/6233/a/68354](http://www.sweden.gov.se/sb/d/6233/a/68354)  
Stellungnahme der Industrie:  
[www.ebfrip.org](http://www.ebfrip.org) (Documents)

4 EG-Richtlinie 2002/95/EG - so genannte RoHS-Richtlinie, die das Verbot bestimmter Substanzen bei der Herstellung und Verarbeitung elektrischer und elektronischer Geräte und Bauteile regelt (RoHS = engl. Restriction of the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment - „Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten“)

## Nanotechnologieprogramm mit Sicherheits-Schwerpunkt

### Finnische Forschungsplattform „FinNano“ vereint 80 Institutionen

Mehr als 80 Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Finnland haben das Technologieprogramm „FinNano“ zu Entwicklungszielen in der Nanotechnologie gestartet. Die Themengruppen innerhalb des Programms arbeiten an nanotechnologischen Verfahren und Nanotechnologiematerialien. Zentrales Thema soll die Sicherheit der Nanotechnologie sein.

Professor Kai Savolainen vom finnischen Institut für Arbeitsmedizin sagte bei der Vorstellung des Programms, dass Firmen, die Nanotechnologie einsetzen, ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern könnten, indem sie die Sicherheit in ihre allgemeinen Forschungs- und Entwicklungsprozesse einbeziehen. Da sich die Technologieforschung in den vergangenen Jahren auf Ingenieur- und Werkstoffwissenschaften konzentriert habe, sei die Sicherheit bisher zu wenig beachtet worden. Im März 2007 wollen die FinNano-Themengruppen ihre Pläne veröffentlichen.

### Auswirkungen auf Ökologie und Gesundheit kaum erforscht

Die Auswirkungen der Nanotechnologie auf Umwelt und Gesundheit dieser Technologie sind nicht umfassend erforscht, jedoch wurde bekannt, dass Teilchen im Nanometer-Bereich (Milliardstel Meter) toxisch wirken und Gesundheitsschäden wie Lungenerkrankungen verursachen können. Deshalb werden weltweit im Bereich der Gesundheitsversorgung und Medizin sowie im Umweltschutz Sicherheitsrisiken von Nanopartikeln diskutiert (EUR 08/09.04, S. 39). (nt) ■

### • Weitere Informationen

Finnish Institute of Occupational Health, Kai Savolainen, Professor für Arbeitsmedizin, Topeliuksenkatu 41 a A, FI-00250 Helsinki, Finnland  
Tel. 00358 / 304742200  
eMail: kaisavolainen@ttl.fi  
www.ttl.fi/internet/english

Quelle: Cordis, 06.09.06

Bisherige Artikel zu Nanotechnologie:  
[www.google.de/search?q=nanotechnologie+site:www.dnr.de](http://www.google.de/search?q=nanotechnologie+site:www.dnr.de)

## Studie empfiehlt Maßnahmen gegen POPs

### Haushalte und Verkehr mit Priorität

Das Heizen in Haushalten und der Verkehr sollten bei Maßnahmen zur Reduktion von unbeabsichtigter Freisetzung von persistenten organischen Verbindungen (POPs) ganz oben stehen. Gleich danach sollten Schritte in den Bereichen Abfallverbrennung in der Landwirtschaft, der Bau- und Bauschuttsektor sowie Aktivitäten auf dem Meer folgen. Das wird in einer von der EU beauftragten Studie empfohlen. Ende 2006 will die EU-Kommission einen Plan zur Umsetzung der Stockholm-Konvention<sup>1</sup> vorlegen. Dieser UN-Plan sieht 30 Maßnahmen zur Reduktion von Dioxinen und Furanen, polychlorierten Biphenylen (PCB), Hydrochlorbenzenen und polyaromatischen Kohlenwasserstoffen vor. Dabei geht es um Prozessoptimierung oder verbessertes Management. ▶ Eine Konsultation endet am 6. Oktober.

### Abfälle setzen viele POPs frei

Die von der Beratungsgesellschaft für integrierte Problemlösungen (BiPRO) in München erarbeitete Studie ergab, dass mehr als doppelt so viele POPs über Abfälle wie über die Luft freigesetzt werden.

In der Studie werden noch weitere Maßnahmen empfohlen, die mittel- bis langfristig angelegt sind oder auf Verbesserungen bei Bildung und Informationspolitik gerichtet sind. Die Autor/innen der Studie warnen davor, bereits bestehende Möglichkeiten zum Umgang mit unbeabsichtigt freigesetzten POPs zu vernachlässigen, etwa in der Richtlinie zur Integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC-Richtlinie) oder der Deponierichtlinie. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollten diese ergänzen, nicht ersetzen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily, 02.08.06  
Vollständige Studie:  
[www.ec.europa.eu/environment/dioxin/pdf/report.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/dioxin/pdf/report.pdf)  
Konsultation im Internet:  
[www.ec.europa.eu/energy/res/consultation/heating\\_cooling\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/energy/res/consultation/heating_cooling_en.htm)

<sup>1</sup> UN-Konvention zu persistenten organischen Verbindungen: [www.pops.int](http://www.pops.int)  
Siehe auch: [www.eu-koordination.de/generator/?page=3-10&vorlage=zwei](http://www.eu-koordination.de/generator/?page=3-10&vorlage=zwei)

## Newsticker

### EU, Mitgliedstaaten und Industrie finanzieren Chemie-Aktionsplan

Die Europäische Industrietechnologie-Plattform für nachhaltige Chemie (SusChem) hat einen Aktionsplan für eine Forschungsstrategie in den nächsten zwanzig Jahren vorgelegt. Geplant sind Projekte in acht Themengebieten, darunter Energie, Nachhaltige Produktgestaltung und Verkehr. Ursprünglich waren 5,5 Mrd. Euro pro Jahr vorgesehen, nach „weiterer Prioritätensetzung“ sollen jetzt nur noch 1,4 Mrd. Euro pro Jahr ausgegeben werden. Der SusChem-Aktionsplan wird zur Hälfte von der Industrie finanziert, der Rest kommt von der EU und nationalen Quellen. (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 30.08.06  
[www.suschem.org](http://www.suschem.org)

### Bis 21.10.: Konsultation zu weltweit harmonisierten Chemikalien-Regeln

▶ Für die Umsetzung des global harmonisierten Systems (GHS) zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien in den EU-Rechtsvorschriften hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation bis 21. Oktober angesetzt. Beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg hatten die Regierungen beschlossen, GHS bis 2008 einzuführen und damit rund 40 Jahre alte Vorschriften zu ersetzen. Die Verordnung muss von EU-Parlament und -Ministerrat angenommen werden, bevor sie zu europäischem Recht werden kann. (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 23.08.06  
Konsultation im Internet:  
[www.ec.europa.eu/enterprise/reach/ghs\\_consultation\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/enterprise/reach/ghs_consultation_en.htm)

### 22 Haarfärbemittel verboten

Ende Juli hat die EU-Kommission 22 Haarfärbemittel verboten, da für diese von der Industrie keine Sicherheitsdossiers vorgelegt wurden. Es besteht der Verdacht, dass längere Anwendung zu Blasenkrebs führen kann. Dieser Verdacht war bereits im Jahr 2001 vom wissenschaftlichen Ausschuss „Konsumgüter“ geäußert worden. Das Verbot tritt am 1. Dezember in Kraft. Langfristig soll eine „Positivliste“ von Haarfärbestoffen entstehen, die als unbedenklich für die menschliche Gesundheit eingestuft werden. In der EU wurden 2004 mit Haarfärbemitteln rund 2,6 Mrd. Euro verdient. (jg)  
Quelle: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/06/1047)

### **EU-Kampagne gegen Asbest-Exposition angelaufen**

Anfang September hat die Europäische Kommission eine EU-weite Asbestkampagne<sup>1</sup> gestartet. Unter dem Motto "Asbest ist eine todernte Sache - Exposition unbedingt vermeiden!" soll auf die Gefahren durch den Kontakt mit Asbest hingewiesen werden. Seit 2005 sind Herstellung und Vermarktung von Asbest und asbesthaltigen Produkten in der EU verboten, seit April 2006 auch jede Verwendung. Bei Sanierungs-, Abbruch-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten besteht das Problem aber weiter. 2005 starben allein in Deutschland 1.540 Menschen an einer asbestverursachten Berufskrankheit. Die Gefährdung durch Asbest wurde erstmals Mitte der Achtziger Jahre in der EU-Kommission thematisiert. Das Einatmen der Fasern kann Asbestose und maligne Tumore auslösen, was oft zum Tod führt. Die Entwicklung der Krankheit kann allerdings 20 bis 40 Jahre dauern. Daher wird in einigen Staaten erst um 2030 mit dem Höhepunkt solcher Erkrankungen gerechnet. Zu der Kampagne gehören Informations- und Bildungsaktivitäten sowie ein Praxisleitfaden für optimale Verfahren. Zielgruppen sind vor allem Firmen, Beschäftigte und Arbeitsinspektoren. (nh)

Quellen: EU-Kommission, HVBG

### **City-Maut reduziert Verkehr in London - allerdings nicht den Feinstaub**

Wie Experten ermittelt haben, sind die Verkehrsstaus in der britischen Hauptstadt und die Unfallrate durch die 2003 eingeführte City-Maut reduziert worden. Jedoch habe sich damit das Feinstaubproblem nicht lösen lassen, da der Autoverkehr Hauptverursacher der Luftverschmutzung sei. Während Londons Bürgermeister Ken Livingstone weitere Pläne hat, um die Luftqualität zu verbessern, ist das „Nationale Bündnis gegen die Staugebühr“ mit dem Wegezoll nicht einverstanden. Kleinere Ladenbesitzer beklagen sich, dass die Umsätze innerhalb der gebührenpflichtigen Zone stark abgenommen hätten. (nt)

Quelle: taz 05.09.06

### **Neue Datenbank: Ozonwerte in Europa**

Die Europäische Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen hat ein Überwachungssystem für Luftverunreinigungen und Ozonwert-

überschreitungen ins Internet gestellt. Mit „Ozone Web“ können die Werte der 500 europäischen Stationen zur Überwachung der Luftqualität nahezu in Echtzeit und von jedem Ort in Europa ermittelt werden. (jg)

Ozone Web:

[www.eea.europa.eu/maps/ozone](http://www.eea.europa.eu/maps/ozone)

### **EU veröffentlicht EPER-Verzeichnis der Schadstoffe aus diffusen Quellen**

Die EU-Kommission hat Mitte September Daten von „diffusen“ - nicht ohne Weiteres einem bestimmten Ort zuzuordnenden - Schadstoffquellen veröffentlicht. Das Datenmaterial zeigt, dass die Belastung von Luft und Wasser durch diffuse Quellen einen großen Teil der gesamten Umweltverschmutzung ausmacht und in einigen Fällen sogar den Schadstoffausstoß großer Industrieanlagen übertrifft. Am stärksten seien hier die Emissionen aus dem Straßenverkehr, dem Hausbrand und der Landwirtschaft. Das neue EPER-Verzeichnis umfasst Emissionen von Straßen-, Schienen- und Flugverkehr, Landwirtschaft, Schifffahrt, Hausfeuerungsanlagen, Militäraktivitäten, Gasversorgung, Dachbedeckung, Asphalt-Straßenbelag und Lösungsmitteln. Das vollständige Europäische Schadstoffregister (PRTR) wird erst im Herbst 2009 veröffentlicht. (jg)

Verzeichnis der Verschmutzung aus diffusen Quellen: [www.eper.ec.europa.eu](http://www.eper.ec.europa.eu)

### **Dänische Studie: Weichmacher auch in Spielzeug von Haustieren**

Eine Studie der dänischen Umweltagentur hat ergeben, dass Spielzeuge für Haustiere große Mengen von Weichmachern (Phthalate) enthalten. Speziell in Tragzeiten oder für Welpen sei dies eine Gefahr. In Kinderspielzeug ist die Verwendung von bestimmten Phthalaten inzwischen verboten. Über die Produktionsbedingungen und die innewohnenden Gefahren sagt die Studie nichts. (jg)

Quellen: ENDS Europe Daily, 04.09.06

EPA-Studie (PDF-Download, 144 kB):

[www.mst.dk/udgiv/publications/2006/87-7052-192-1/pdf/87-7052-194-8.pdf](http://www.mst.dk/udgiv/publications/2006/87-7052-192-1/pdf/87-7052-194-8.pdf)



<sup>1</sup> Asbest ist eine Sammelbezeichnung für verschiedene faserförmige Silikat-Mineralien.

## Widerstand gegen Blairs Energiepolitik

### Britische Umweltschützer: Effizienz und Erneuerbare statt AKWs und Kohle

Rund 600 Klimaschützer/innen versuchten Ende August das größte britische Kohlekraftwerk „Drax“ lahm zu legen. Die Umweltorganisation „Camp for Climate Action“ hatte zu dem Protest vor dem Kohlekraftwerk in der englischen Grafschaft Yorkshire aufgerufen, um gegen die Energiepolitik der Regierung zu demonstrieren. Das Drax-Kraftwerk produziert etwa sieben Prozent des britischen Stroms und so viel Kohlendioxid wie ein Viertel aller Kraftfahrzeuge auf der Insel.

Nach Angaben der FAZ sind nicht nur traditionelle Umweltschützer empört über das Energieprogramm der Regierung. Premier Tony Blair forciert den Bau neuer Atomkraftwerke als angeblich einzige Möglichkeit gegen den Klimawandel. Außerdem strebt er eine Liberalisierung des Marktes an.

### Parlament spricht sich gegen Atomkraft aus

Mitte April hatte sich der Umweltaudit-Ausschuss des britischen Parlaments für einen Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine bessere Energieeffizienz ausgesprochen. Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, dass der Bau neuer AKWs kein möglicher Weg sei, um eine Energiekrise innerhalb von zehn Jahren zu bewältigen. Die Atomenergie könne weder für größere Erzeugungskapazitäten noch für eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen sorgen, da neue Anlagen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden könnten. Aufgrund der langwierigen Planungs- und Bauprozesse könnten neue AKWs frühestens 2030 ihren Betrieb aufnehmen. Außerdem gebe es eine Reihe offener Fragen, wie die ungeklärte Endlagerung oder die begrenzte Verfügbarkeit von Uran. (nh)

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Informationszentrum, BU-9 01/11, B-1049 Brüssel  
Fax 0032 02 / 2996198  
[www.ec.europa.eu/environment/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/index_de.htm)

Quelle: FAZ, 02.09.06

## Aktionsplan Energieeffizienz in Arbeit

### EU-Kommission will Wirkungsgrad von Fahrzeugen und Kraftwerken steigern

Die EU-Kommission will Ende September einen Aktionsplan zur Energieeffizienz für den Zeitraum 2007 bis 2012 vorlegen. Der bisher bekannt gewordene Entwurf sieht vor, die Energiekosten bis 2012 um 40 Milliarden Euro zu verringern und gleichzeitig 180 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen.<sup>1</sup>

Der Entwurf besteht aus vier Säulen:

4. Verhaltensänderungen durch Verbraucher-Informationskampagnen
5. Rechtsinstrumente, die die Umsetzung der bestehenden EU-Gesetzgebung garantieren; mögliche Überarbeitung der Ziele
6. Finanzinstrumente, z. B. Steuervergünstigungen oder Nutzung von Finanzierungsquellen wie der EU-Strukturfonds
7. Globale Aspekte wie Handels- und Entwicklungspolitik, internationale Abkommen und Vereinbarungen über den Export sauberer Technologien

### Verkehr kommt Schlüsselposition zu

Der Plan konzentriert sich insbesondere auf die Branchen Verkehr und Energiewirtschaft. So will die Kommission den europäischen Fahrzeugherstellern verbindlich vorschreiben, die Durchschnitts-CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen zu reduzieren, falls sie ihre freiwillige Zielvereinbarung von 140 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer bis 2008 nicht erfüllen. Noch liegen die Hersteller weit hinter diesem Zwischenziel auf dem Weg zur endgültigen Zielmarke von 120 g/km, die 2012 erreicht sein soll.

Zu den weiteren im Verkehrssektor geplanten Maßnahmen gehören:

- Eine neue Rahmenrichtlinie zur Energieeffizienz im Verkehrssektor,
- Staatliche Herstellerbeihilfen für umweltgerechte Produktgestaltung (ecodesign)
- unterschiedliche Verbrauchssteuern abhängig von der Brennstoffeffizienz,
- Vorteile für Hybridfahrzeuge (Verbrennungs- plus Elektromotor) und Fahrzeuge mit Brennstoffzellen,

- Förderung von „Flex-Fuel“-Fahrzeugen, die mit unterschiedlichen Brennstoffen fahren können,
- Progressive Versicherungsprämien,
- Programme für Car-Sharing,
- Straßengebühren,
- Geschwindigkeitsbegrenzungen,
- Verkehrsverlagerung im städtischen Raum,
- Verkehrsoptimierung durch Satellitensystem.

Im Bereich Energiewirtschaft soll eine Studie die Möglichkeiten für Mindeststandards in Kraftwerken überprüfen. Außerdem sollen die Chancen für Effizienzsteigerungen in Kohlekraftwerken evaluiert werden. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111;  
Bereich Energie:  
[www.ec.europa.eu/energy](http://www.ec.europa.eu/energy)

Grünbuch der EU-Kommission „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, Dok.-Nr. SEK(2006) 317:  
[www.ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/index_en.htm)  
(auch deutsch)

<sup>1</sup> Das im Juni 2005 veröffentlichte Grünbuch (Diskussionspapier) zu Energieeffizienz enthält das von der Kommission formulierte Ziel, den europäischen Energieverbrauch bis 2020 um bis zu 20 Prozent zu reduzieren.

## Mehr Effizienz mehr Erneuerbare, weniger Importe

### Studie der EU-Kommission zu Klimaschutz und Energiesicherheit

Nach einer Studie der EU-Kommission könnten die EU-Ziele zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Verringerung der Energieimportabhängigkeit mit vereinten Anstrengungen für mehr Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sehr wohl erreicht werden. Laut einer im August veröffentlichten Prognose könnte die EU ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2010 und ihre Energienachfrage bis 2030 unter das Niveau von 1990 drücken. Bei diesem Szenario würden die Energieimporte auf 59 Prozent begrenzt. Würden jedoch entsprechende Gesetze nur unvollständig umgesetzt, läge die Energieabhängigkeit bei 65 Prozent.

### Erneuerbare und Effizienz gleichermaßen fördern

Die Studie spricht sich dabei klar für eine gleichzeitige Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien aus. Würden nur Effizienzmaßnahmen ergriffen, ohne Erneuerbare Energien zu fördern, werde die Energienachfrage weniger stark fallen, heißt es. Die CO<sub>2</sub>-Intensität würde nur langsam abnehmen und die Energieabhängigkeit sogar zunehmen. Die alleinige Förderung von Erneuerbaren Energien würde zwar die CO<sub>2</sub>-Intensität und die Importabhängigkeit absenken, so die Studie, jedoch könne dies die Energienachfrage kaum senken. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission,  
Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111  
[www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu)

Vollständige Studie (englisch; PDF-Download, 124 S., 1,1 MB):  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/figures/scenarios/doc/2006\\_scenarios\\_on\\_energy\\_efficiency.pdf](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/figures/scenarios/doc/2006_scenarios_on_energy_efficiency.pdf)

## Weltbank setzt auf Großkraftwerke

### Klimaschutz: Entwicklungsländer sollen AKWs und Staudämme bauen

Die Weltbank will CO<sub>2</sub>-arme Energiestrukturen in Entwicklungsländern fördern, dazu jedoch nicht dezentrale und erneuerbare Energiearten, sondern Großstaudämme und Atomkraftwerke finanzieren. Auf ihrer Jahrestagung in Singapur will sie einen neuen Investitionsplan für eine „saubere“ Energiegewinnung vorlegen. Den Auftrag dazu erhielt die Bank auf dem G8-Gipfel 2005 im schottischen Glen eagles.

„Die Millenniums-Entwicklungsziele können nicht erreicht werden ohne mehr und bessere Energieversorgung“, schreibt die Weltbank in ihrem Papier. Diese Energie müsse so sauber wie möglich sein, denn der Klimawandel und die Luftverschmutzung sowohl aus der Industrie als auch von häuslichen Feuerstellen beeinträchtigen das Leben der Menschen in den Entwicklungsländern. Der Klimawandel sei möglicherweise das größte Hindernis bei dem Versuch, die Armut auf der Welt zurückzudrängen, heißt es in dem Papier.

### Weltbank verspricht niedrigere Energiekosten durch Großprojekte

Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz versprach in Singapur neue Wege und praktische Lösungen jenseits eingefahrener Spuren. Gemeint waren Kohlekraftwerke mit CO<sub>2</sub>-Sequestrierung<sup>1</sup> arbeiten, große Staudämme und Atomkraftwerke. Je größer die Anlage sei, desto niedriger seien die Kosten pro Kilowattstunde, hieß es zur Begründung.

### NGOs: Menschen im Süden zahlen für Großauftragnehmer im Norden

Nichtregierungsorganisationen sehen die Pläne dagegen als Fortsetzung einer gescheiterten Politik unter neuem Vorzeichen. „Davon profitieren schließlich die Konzerne aus dem Norden, die die Bauaufträge erhalten“, sagte Knud Vöcking von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. „Der Süden hat davon hauptsächlich höhere Schulden.“

## Erneuerbare Energien und Dezentralität gefordert

Ohnehin sei fraglich, inwieweit mit Großkraftwerken Armut bekämpft werden könne. 1,6 Milliarden Menschen haben der internationalen Energieagentur (IEA) zufolge überhaupt keinen Zugang zu Strom. Selbst wenn irgendwo ein Großkraftwerk stehe, fehle ihnen immer noch der Anschluss ans Netz. Sinnvoller und billiger seien lokale Projekte auf der Basis von Erneuerbaren Energien. „Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und kleine Wasserkraft sind vor Ort verfügbar“, sagte Peter Bosshard vom International Rivers Network (IRN). „Das schafft Arbeitsplätze in der Region und hat geringe Auswirkungen auf die Umwelt.“ (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Urgewald e. V., Knud Vöcking, Von-Galen-Str. 4, 48336 Sassenberg  
Tel. 02583/ 1031  
eMail: [knud@urgewald.de](mailto:knud@urgewald.de)  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)  
Quelle: taz 15.09.06

<sup>1</sup> Abscheidung und Einlagerung des bei der Verbrennung entstehenden Treibhausgases Kohlendioxid; nach Ansicht von Umweltexterten ein bisher unausgereiftes und teures Verfahren mit ungeklärten Risiken (siehe nächste Seite).

## Geologen warnen vor CO<sub>2</sub>-Speicherung

### US-Studie: Unterirdische Sequestrierung ist zu riskant

Die Speicherung von Kohlendioxid unter der Erde kann zu bisher nicht vorhergesehenen Umweltgefahren führen. Das befürchteten Wissenschaftler des geologischen Forschungsinstituts im kalifornischen Menlo Park hatten 1600 Tonnen Kohlendioxid in ein erschöpftes Ölfeld in Texas gepumpt und die Folgen untersucht.

### Gestein kann sich auflösen

Sie fanden heraus, dass sich die Mineralstoffe des Gesteins durch die in Folge der CO<sub>2</sub>-Einlagerung entstandene Mischung aus CO<sub>2</sub> und Salzwasser auflösen. Das Gestein wurde dadurch löchrig. Laut Aussagen der Wissenschaftler besteht deshalb die Gefahr, dass das flüssige CO<sub>2</sub> ins Grundwasser entweicht oder zurück in die Luft gelangt. Die Ergebnisse der Studie, die im Juli in der Zeitschrift *Geology* veröffentlicht wurde, stellen damit die CO<sub>2</sub>-Speicherung als künftige Maßnahme gegen die globale Erwärmung in Frage.

### Großversuch in der Nordsee geplant

Das Verfahren der CO<sub>2</sub>-Sequestrierung wird zurzeit in mehreren Projekten weltweit getestet. Verbunden ist damit die Hoffnung, dass fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle in Zukunft keine CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr verursachen. Eines der größten Versuchsprojekte dieser Art soll 2010 in der Nordsee durchgeführt werden. Die Regierungen Norwegens und Großbritanniens planen, flüssiges CO<sub>2</sub> in ein noch aktives Ölfeld zu pumpen. Dadurch soll gleichzeitig noch vorhandenes Öl an die Oberfläche gedrängt werden. Das Projekt wird von den Unternehmen Shell und Statoil durchgeführt. Ende 2006 will die EU-Kommission einen Bericht über die Nutzung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung veröffentlichen. (tl) ■

### • Weitere Informationen

US Geological Survey (USGS), Yousif Kharaka, MS 427, 345 Middlefield Rd, Menlo Park, CA 94025, USA  
Tel. 001 650 329-4535, Fax -4538  
eMail: ykharaka@usgs.gov  
Studie:  
<http://geology.geoscienceworld.org/cgi/content/abstract/34/7/577>

## EU-Emissionshandel stockt in der zweiten Runde

### Mitgliedstaaten halten Frist für Allokationspläne nicht ein

Weniger als die Hälfte der EU-Mitglieder hat seine Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des Europäischen Handels mit Treibhausgaslizenzen von 2008 bis 2012 bisher eingereicht. Der Einsendeschluss für die NAP war der 1. Juli. Trotz früherer Versprechen der EU-Kommission, Ländern, die ihre Pläne zu spät einreichen, mit Null-Toleranz zu begegnen, hat EU-Umweltkommissar Dimas die verspäteten Länder bisher nur höflich aufgefordert, die Pläne nachzureichen. Mögliche Sanktionen wurden nur vage angedeutet.

### Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien könnten ausbleiben

Die Europäische Vereinigung der Energiehändler (EFET) befürchtet eine völlig falsche Signalwirkung durch die Verzögerungstaktik der Mitgliedstaaten. Für Investoren bedeute die Verzögerung vor allem, dass sie die langfristige Preisentwicklung nicht einschätzen können. Dadurch könne die Bereitschaft der Unternehmen sinken, in klimafreundliche Technologien zu investieren.

### Europaabgeordnete fordern weniger Nachsicht mit Nachzüglern

Die Sprecher der großen Fraktionen im Europäischen Parlament haben die Kommission wegen ihres zu nachsichtigen Umgangs mit den säumigen Mitgliedstaaten kritisiert. Sie forderten ein entschiedenes Vorgehen gegen die entsprechenden Mitgliedstaaten. Mehrere Abgeordnete beklagten außerdem, dass die Energiekonzerne in der ersten Phase durch die größtenteils kostenlose und großzügige Vergabe der Emissionsrechte „Windfall-Profits“<sup>1</sup> durch den Verkauf von überzähligen Lizenzen eingestrichen hätten.

### Große Geschenke an deutsche Stromkonzerne

Insbesondere in Deutschland hätten die Unternehmen fiktive Kosten für die Lizenzen auf ihre Strompreise umgelegt, obwohl sie diese gratis erhielten. Der Luxemburger Grüne Claude Turmes kritisierte darüber hinaus, dass durch die im deutschen NAP festgelegte Bevorzugung

von Kohlekraftwerken der Wettbewerb verzerrt und Investitionen in das klimafreundlichere Gas unmöglich gemacht würden (siehe EUR 06.09, S. 26).

### Auch Großbritannien will jetzt Verschmutzungsrechte versteigern

Umwelt- und Verbraucherverbände verlangen seit langem, die Lizenzen an die Unternehmen zu versteigern, um Windfall-Profits abzuwenden. Wie sich abzeichnet, werden aber nach wie vor nur wenige Länder von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Die EU-Richtlinie zum Emissionshandel erlaubt den Mitgliedstaaten, in der zweiten Phase insgesamt zehn Prozent ihrer Lizenzen zu verkaufen.

Großbritannien plant als eines der wenigen Länder, einen Teil seiner Emissionsrechte an seine Unternehmen zu verkaufen. Sieben Prozent der Lizenzen sollen öffentlich versteigert werden, was rund 17 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich entspricht. Legt man den aktuellen Zertifikatspreis von 16 Euro je Tonne zugrunde, wird Großbritannien damit etwa 270 Millionen Euro einnehmen. Auch in Frankreich, Dänemark und Irland werden vermutlich Teile der Lizenzen nicht mehr verschenkt. In Luxemburg und Schweden wird noch über den anteiligen Verkauf diskutiert. Dänemark, Ungarn, Litauen und Irland hatten bereits in der ersten Stufe des Emissionshandels Teile ihrer Emissionsrechte versteigert. (tl) ■

### • Weitere Informationen

EFET European Federation of Energy Traders, Amstelveenseweg 998, NL-1081 JS Amsterdam  
Tel. 0031 20 / 5207970  
eMail: [secretariat@efet.org](mailto:secretariat@efet.org)  
[www.efet.org](http://www.efet.org)

WWF, Klimaschutzexpertin Regine Günther, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-0, Fax -50  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

<sup>1</sup> Gewinne, die einem Unternehmen ohne eine entsprechende Gegenleistung zufließen.

## Asiatisch-europäische Klimaschutzklärung schwach

### Keine verbindlichen Zusagen für die Nach-Kyoto-Zeit ab 2012

Die Staats- und Regierungschefs von 39 asiatischen und europäischen Staaten haben auf dem sechsten Asien-Europa-Treffen (ASEM)<sup>1</sup> in Helsinki eine gemeinsame Erklärung zum Klimawandel abgegeben. Darin werden zwar die Bedeutung der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (UNFCCC) und des Kyoto-Protokolls als politische Rahmenbedingungen für die Umsetzung internationaler Klimaschutzbemühungen betont. Das Dokument enthält aber keine Zusagen von großen asiatischen Ländern wie China oder Japan, im Rahmen des Kyoto-Protokolls eine Reduktionsverpflichtung für die Zeit nach 2012 einzugehen. Ebenso wenig bestätigt es das von der EU angestrebte Ziel, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

### Jedem Land seine unterschiedliche Verantwortung

Die Gipfelteilnehmer wollen dem Klimawandel durch internationale Kooperation nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit“ entgegentreten. Jeder Staat müsse einen angemessenen und seiner industriellen Entwicklung entsprechenden Beitrag hierfür leisten. Länder wie China und Indien haben zwar das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, sind jedoch nicht verpflichtet Reduktionsziele einzuhalten, da ihnen ein „nachholendes“ Wirtschaftswachstum zugestanden wurde. Wegen des enormen Wachstums dieser Länder werden aber nun die Forderungen nach bindenden Zielen immer lauter. Auch die EU hat ein großes Interesse daran, dass alle großen Exportländer ihre Emissionen reduzieren, um so Wettbewerbsnachteile für europäische Firmen zu vermeiden.

Trotz der Unverbindlichkeit der Erklärung versprechen sich die Unterzeichner davon einen Impuls für die internationalen Klimaverhandlungen, vor allem für die Bemühungen um Reduktionsverpflichtungen für die Post-Kyoto-Phase, also nach 2012.

<sup>1</sup> Das Asia-Europe Meeting (ASEM) vereint die EU und die zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten sowie China, Japan und Korea. ASEM ist ein informelles Gremium, das nach dem Konsensprinzip arbeitet. Das 6. Treffen fand am 10. und 11. September dieses Jahres in der finnischen Hauptstadt statt.

Vom 6. bis zum 17. November finden die zwölfte Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konvention zum Klimawandel (COP 12) und das zweite Treffen der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls (MOP 2) in Nairobi statt.

### Milliarden-Investitionen für saubere Technologien

Die Staats- und Regierungschefs des ASEM wollen ihre Zusammenarbeit bei der Entwicklung CO<sub>2</sub>-armer Technologien verstärken und die Investitionen in diesem Bereich auf 6,3 Billionen Dollar bis 2030 aufstocken. Die verstärkte Nutzung von Erneuerbaren Energien und energieeffizienten Technologien sei dabei entscheidend. Der Einsatz umweltfreundlicher Verfahren soll auch in den ASEM-Entwicklungsländern unterstützt werden. Auf Zustimmung stieß außerdem der Einsatz von auf Wettbewerb basierenden Mechanismen, wie der Emissionshandel. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Asia-Europe Foundation, 31 Heng Mui Keng Terrace, Singapore 119595  
Tel. 0065 / 6874-9728  
Fax 0065 / 6872-1207  
eMail: admin@aseminfoboard.org  
www.aeminfoboard.org

Offizielle Seite zum 6. ASEM-Gipfeltreffen in Helsinki (englisch):  
www.asem6.fi

## Klimaschutz in den USA weiter ohne Bush-Regierung

### Kalifornien will Treibhausgas-Emissionen eindämmen

Kalifornien führt als erster US-Bundesstaat strikte Emissionsgrenzen für Kohlendioxid ein. Der „Global Warming Solution Act“ will die Treibhausgasemissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduzieren. Kalifornien ist einzeln betrachtet das Land mit den zwölfhöchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit.

### Kritik an Klimaschutzboykott des Weißen Hauses

Obwohl das Abkommen keine konkreten Klimaschutzmaßnahmen formuliert, verdeutlicht es doch den Sinneswandel einiger Bundesstaaten, Regionen und Unternehmen, die dem Klimaschutz immer mehr Bedeutung zumessen. Die US-Regierung gerät damit zunehmend unter Druck, ihre Klimaschutzpolitik neu zu überdenken. So sind auch New York und New Jersey sowie fünf weitere Staaten im Nordosten eine Selbstverpflichtung eingegangen, die Treibhausgasemissionen ihrer Kraftwerke bis 2019 um zehn Prozent zu reduzieren. Oregon, Washington und einige andere Staaten planen ähnliche Gesetze, während Ex-Vizepräsident Al Gore mit einem landesweit erfolgreichen Dokumentarfilmauftritt die Argumente der Klimaschutzlobby verbreitet. ●

Allerdings will bislang nur Kalifornien die gesamte Industrie erfassen statt nur die Energieerzeuger. Gouverneur Schwarzenegger plant außerdem, bis 2012 ein Handelssystem für CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte einzurichten. Im August schloss er zudem mit dem britischen Premier Tony Blair an Washington vorbei ein Abkommen für einen transatlantischen Emissionshandel.

### Auch beim Verkehr ein Vorreiter

Zuvor hat die kalifornische Regierung bereits Maßnahmen für den Verkehrssektor erlassen, der allein 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen ausstößt. In zehn Jahren müssen alle in Kalifornien verkauften Autos im Schnitt 30 Prozent weniger Treibhausgas ausstoßen als heute. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Euractiv, taz 01.09.06  
Dokumentarfilm mit Al Gore:  
www.eine-unbequeme-wahrheit.de

## Verheerende Bilanzen von Hitzewelle und Klimawandel

von Bjela Vossen, DNR EU-Koordination

### Waldbrände und Wasserknappheit in Portugal und Spanien

Die Hitzewelle des diesjährigen Sommers forderte ihre Opfer: Bis zum 31. Juli wurden laut dem europäischen Waldbrandinformationssystem EFFIS schon fast 65.000 Hektar Wald in der EU durch Brände vernichtet. Anfang August stieg die Zahl der Waldbrände und der verbrannten Gebiete vor allem im Westen der iberischen Halbinsel, in Galicien und im benachbarten Portugal, dann nochmals stark an. Böse Zungen behaupten, dass Bauspekulanten die Gelegenheit zur Brandstiftung nutzten, denn die abgebrannten Flächen sind attraktives Bauland. Um die Feuer in den Griff zu bekommen, wurde Anfang August Hilfe von der EU angefordert.

### Flusswasser-Überleitungen in den Süden gestoppt

Obwohl es 2006 wieder mehr Niederschläge gab als 2005, sind die spanischen Wasserspeicher leer. Nun wurde dem Süden der Hahn abgedreht und die Überleitung vom Tajo nach Murcia und Valencia gestoppt. In den beiden Provinzen muss jetzt auf Notreserven zurückgegriffen werden, womit sich der Wassermangel im nächsten Jahr noch weiter zuspitzen kann. Probleme gibt es auch mit Portugal, weil Spanien voraussichtlich im zweiten Jahr in Folge nicht die vereinbarten Wassermengen über die gemeinsam genutzten Flüsse liefern kann. Meerwasserentsalzung soll das Problem lösen, denn der Verbrauch steigt weiter.

### Qualleninvasion durch sommerliche Hitzewelle

Auswirkungen der diesjährigen Hitzewelle waren in diesem Jahr besonders am Mittelmeer zu spüren: Überfischung und die ungewöhnlich hohen Temperaturen sowie ein erhöhter Salzgehalt führten zu einer Qualleninvasion in der Küstenregion. In einigen Regionen Spaniens zählte die Umweltorganisation Oceana mehr als zehn Quallen pro Quadratmeter. Durch die globale Erwärmung werden Quallen in Zukunft vermutlich noch häufiger auftreten.

### Sauerstoffmangel vor der US-Westküste führt zu Fischsterben

Schlechte Umweltnachrichten haben auch die Forscher von der Westküste der USA. Wissenschaftler beobachteten vor dem Bundesstaat Oregon erneut einen extremen Sauerstoffmangel im Meerwasser, der zum Massensterben von Bodentischen und Krustentieren führte. Die „Todeszone“ im Pazifik, die mittlerweile schon mehr als 3.200 Quadratkilometer groß ist, hat sich seit 2002 vervierfacht.

### Neue Trockenheit im Amazonasgebiet

Auch Tropenwaldforscher und Klimaschützer sind alarmiert. Denn eine weitere Rekordtrockenzeit droht das Amazonasgebiet weiter zu schwächen und beschleunigt das Waldsterben. Forscher des Woods Hole Research Institute in Massachusetts berechneten durch eine Computersimulation einen Schwellenwert für einen beschleunigten Klimawandel: Sobald die Hälfte des Regenwaldes zerstört ist, droht die globale Klimapumpe des brasilianischen Regenwalds zu versagen. Und der Tag scheint nicht mehr weit, denn bisher ist schon ein Fünftel des Waldes abgeholzt und weitere 22 Prozent sind durch Holzeinschlag geschädigt.

Die Folgen der weiteren Regenwaldzerstörung werden auch das weltweite Klima beeinflussen. Denn mit dem Regenwald verschwindet ein wichtiger Kohlendioxid-Speicher. Die Vegetation des Amazonasbeckens speichert das Mehrfache der jährlich vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Würde diese Menge an Treibhausgasen freigesetzt, würde sich das Weltklima weiter erwärmen. Gleichzeitig sänke die Fähigkeit des Regenwaldes, große Mengen Wasser verdunsten zu lassen. Die Regenwolken aus dem Amazonasgebieten tragen bislang zur Abkühlung der Ozeane bei. Wird dieses Zusammenspiel gestört, werden die Meerestemperaturen steigen und starke Hurrikane weiter zunehmen.

### Neue Hiobsbotschaften für Flora und Fauna

Welchen Umfang die derzeitige Klimaerwärmung noch erreichen wird, darüber gehen auch bei den Klimatologen die Meinungen um einige Grad Celsius pro Jahrhundert auseinander. Falls sich der von vielen Experten prognostizierte Klimawechsel wirklich einstellt, wird es einen massiven Rückgang von Amphibien- und Reptilienarten geben, so eine in der On-

line-Ausgabe des „Journal of Biogeography“ erschienene Studie des spanischen Biologen Dr. Miguel B. Araujo vom Naturwissenschaftlichen Nationalmuseum in Madrid.

Gravierender als bei Reptilien und Amphibien wird sich einer anderen Studie zufolge der Klimawechsel jedoch in der Pflanzenwelt auswirken. Ein internationales Forscherteam um Wilfried Thuillier vom französischen Centre d'Ecologie Fonctionnelle et Evolutive in Montpellier kam zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte aller Pflanzenarten in Europa durch den Klimawandel bedroht ist (EUR 05.06, S. 29).

Durch den Klimawandel wird sich auch die Vogelwelt in den kommenden Jahrzehnten deutlich verändern, prophezeite der Direktor des Deutschen Instituts für Vogelforschung, Prof. Franz Bairlein, beim Welt-Ornithologen-Kongress Mitte August in Hamburg. Anders als andere Forscher will er aber kein Schreckensszenario zum Artensterben malen: „Wir werden einige Vogelarten verlieren, aber auch andere dazu gewinnen.“ ■

### • Weitere Informationen

DNR, EU-Koordination, Naturschutzexpertin Bjela Vossen, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: bjela.vossen@dnr.de  
www.eu-koordination.de

#### Quellen:

Waldbrände/Wasserknappheit:  
www.eu-kommission.de (16.08.06)  
www.telepolis.de (10.09.06, Ralf Streck)  
taz 11.08.06  
www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/1092)

Qualleninvasion/Sauerstoffmangel:  
www.presetext.at/  
pte.mc?pte=060810019  
www.oceana.org  
http://oregonstate.edu/dept/ncs/newsarch/2006/Aug06/dieoff.html

Amazonas: taz, 16.08.06

Klimawandel: nd-online 04.09.06 (Benjamin Haerdle), dpa 14.08.06

## Natura 2000 - Stand der Erfolge und Niederlagen

### Natura-2000-Netzwerk in den 15 alten EU-Staaten vollendet

Das Natura-2000-Netzwerk der prioritären Naturgebiete ist in der EU-15, also in den alten EU-Staaten vor der Osterweiterung 2004, jetzt vollständig. Mitte Juli nahm die EU-Kommission die Liste der geschützten Gebiete der letzten der sechs Biogeographischen Regionen Europas an: 2.783 mediterrane FFH-Gebiete bedecken jetzt 180.000 km<sup>2</sup> in sechs südlichen EU-Ländern. Gebiete in Zypern und Malta fehlen noch; diese will die Kommission bis Jahresende annehmen.

### Fortschritte bei der FFH-Gebiets-Ausweisung der neuen Mitgliedstaaten

Alle Gebiete, die noch angenommen werden müssen, befinden sich in den zehn Mitgliedstaaten, die seit Mai 2004 der EU angehören (EU-10). Dort ist der Fortschritt bei der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten nach Aussagen der EU-Kommission generell gut, allerdings bestünden noch Lücken. Gebiete, die nach der Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen wurden, bedecken inzwischen 11 % der EU-10-Fläche, und 12 % ihrer Fläche haben diese zehn Länder als FFH-Gebiete vorgeschlagen. Allerdings haben einige der neuen Mitgliedstaaten weit weniger Gebiete vorgeschlagen als andere. Vor allem Polen, das größte der neuen Mitglieder, hat nach Angaben der Kommission unzureichende Vorschläge gemacht.

### Vorstoß zur Schwächung von Natura 2000 abgeblockt

Die Tagesordnung der Konferenz „Natura 2000 - Chance für Nachhaltige Entwicklung in Europa“ der EU-Umweltminister Ende August in Tuczno (Polen) ließ zahlreiche Umweltverbände besorgt fragen, ob Polen die FFH- und Vogelschutzrichtlinie und ihre Umsetzung schwächen wolle. Umweltkommissar Stavros Dimas und einige Umweltminister blockten jedoch den polnischen Vorstoß ab, indem sie auf dem Treffen die Wichtigkeit von Natura 2000 für die Erreichung des 2010-Biodiversitätsziels der EU betonten und ankündigten, eine unzureichende Ausweisung von Natura-2000-Gebieten vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

### Finanzierung von Natura 2000

Die EU-Kommission unterstützt den Gemeinsamen Standpunkt ▼ des Ministerra-

tes vom Juni zur Finanzierung von LIFE+ (EUR 08./09.06, S. 26). Sie will die Änderungsvorschläge zu Auswahlkriterien und Co-Finanzierungsraten der Naturschutz- und Biodiversitätsprojekte übernehmen, sodass die Finanzierung von zusätzlichen Naturschutzprojekten gewährleistet werden kann.<sup>1</sup> Die Kommission unterstützt auch die Änderungsvorschläge zur Erhaltung und Finanzierung von NGOs sowie die Änderung, dass LIFE+ zur Finanzierung von grenzüberschreitenden Maßnahmen genutzt werden darf. Sie stimmte aber nicht der Forderung des Europäischen Parlaments zu, das Budget zu erhöhen.

Im Parlament hat die Phase der zweiten Lesung ▼ zu LIFE+ bereits begonnen. Der Unterausschuss hat Mitte Juli über das Thema beraten und u. a. Bedenken hinsichtlich der mangelnden Konkretität des Textes und den realen Zielen künftiger Investitionen geäußert. Insbesondere die Entscheidung zur finanziellen Aufteilung - 20 % durch die EU-Kommission, 80 % durch die Mitgliedstaaten - wollen die Parlamentarier/innen nicht akzeptieren. Damit würde den Mitgliedstaaten ein Blankoscheck ausgestellt und das Parlament hätte keine Einflussnahme mehr, argumentierte Cristina Gutiérrez-Cortines (EPP-ED, Frankreich). Jetzt muss eine Einigung mit dem Ministerrat erreicht werden. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
Tel. 00322 / 2891306  
eMail: pieter.depous@eeb.org  
www.eeb.org

Weitere Quellen: Environment Daily 19.7., 20.7., 28.8.2006  
www.ec.europa.eu/environment/nature/home.htm  
Rede von Stavros Dimas:  
www.europa.eu/rapid (Reference : SPEECH /06/476)  
www.birdlife.org/eu/pdfs/2006/finnish\_presidency\_july06.pdf

<sup>1</sup> Der Naturschutz-Dachverband BirdLife International fordert u. a. in seinen Prioritäten für die finnische Ratspräsidentschaft, dass 50 % der LIFE+-Mittel für Biodiversitäts- und Naturschutz zur Verfügung stehen sollen.

## Impfung gegen Vogelgrippe

### EU genehmigt Testimpfungen auf drei Höfen in Deutschland

Die Europäische Kommission hat zwei Impfstoffe gegen die Vogelgrippe für die EU zugelassen. Beide Stoffe verringern die Sterblichkeit der geimpften Hühner und die Ausscheidung des Virus. Nobilis Influenza H5N2 und Poulvac FluFend H5N3 RG sind Impfstoffe mit inaktiven Vogelgrippeviren, die als Injektion verabreicht werden.

Die beiden zugelassenen Impfstoffe können nur von den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten im Rahmen von Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung und nach Maßgabe der EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Vogelgrippe eingesetzt werden. Mit Nobilis Influenza H5N2 ist die Behandlung von Hühnern, mit Poulvac FluFend H5N3 RG die Behandlung von Hühnern und Pekingtonen möglich.

Die EU-Kommission hat bereits Italien, Frankreich, die Niederlande und vor kurzem Deutschland erlaubt, Impfungen gegen die Vogelgrippe durchzuführen. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben damit eine Impfung gegen die Vogelgrippe gebilligt, die deutsche Behörden auf drei Höfen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten zwei Jahren durchführen wollen. Als Teil einer Feldstudie werden die Impfungen nur zu Forschungszwecken durchgeführt. Produkte von geimpften Tieren dürfen nicht vermarktet werden. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

EU-Kommission, GD Gesundheit und Verbraucherschutz, B-1049 Brüssel  
Tel. 00322 / 29-63338, Fax -96298  
eMail: sanc-mailbox@cec.eu.int  
www.eu-kommission.de

## Der Waldzerstörung weltweit Einhalt gebieten

### Weltweite Inventur der Wälder

Um globale Veränderungen im Waldbestand der Erde genau zu erfassen, will ein neues Programm durch Fernerkundung Aufschluss über den Zustand der Forste geben. Das Projekt „Global Observation of Forest Cover - Global Observation of Land Dynamics“ (GOFC-GOLD) wird zum Großteil über die europäische Raumfahrtbehörde ESA finanziert; das Projektbüro hat seinen Sitz in Jena.

Da es weltweit mehr als 300 Definitionen von Wald gibt und sich diese Unterschiede auch in den länderspezifischen Karten und nationalen Forstinventuren widerspiegeln, geht es in dem Projekt erst einmal darum, eine gemeinsame „Walddefinition“ zu finden, um dann mit Hilfe von Satellitendaten globale Veränderungen der Bestände zu erfassen und eine Weltkarte zu erstellen. Ab 2010 werden alle fünf Jahre von der Welternährungsorganisation FAO Daten über den weltweiten Waldbestand veröffentlicht. Dabei werden erstmals weltweit Satellitendaten im großen Stil genutzt.

### Auch selektiver Einschlag zerstört brasilianischen Urwald

Auf den Satellitendaten wird auch die neue Hiobsbotschaft der Regenwaldvernichtung in Brasilien zu sehen sein: Die angeblich schonende Methode des „selektiven Holzeinschlags“ führt häufig zu einer kompletten Entwaldung bestimmter Gebiete im Amazonas-Urwald. Zu dieser Erkenntnis ist ein internationales Forscherteam unter der Leitung von Gregory Asner vom Department of Global Ecology der Carnegie Institution of Washington in Stanford gekommen.

Die Wissenschaftler haben hoch aufgelöste Satellitenbilder von rund zwei Millionen Quadratkilometern Regenwald, die zwischen 1999 und 2005 aufgenommen wurden, miteinander verglichen. Laut ihrem Bericht im Wissenschaftsmagazin Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS) sind 16 Prozent der selektiv geschlagenen Wälder innerhalb eines Jahres komplett verschwunden. 32 Prozent der Gebiete, in denen geschlagen wurde, verschwanden innerhalb von vier Jahren. Fast der gesamte Einschlag erfolgte in der Amazonas-Region in einer Entfernung von

25 Kilometern zu den Hauptstraßen. Innerhalb dieser Gebiete sei die „Entwaldungswahrscheinlichkeit“ bis zu vier Mal größer als in holzwirtschaftlich nicht genutzten Regionen, heißt es in der Studie.

Damit wiesen die Wissenschaftler nach, dass selektives Abholzen ein Wegbereiter für den Kahlschlag durch Bauern und Rancher ist. Die Forscher kommen außerdem zu dem Schluss, dass unter den in Brasilien gegebenen Umständen nicht von einer nachhaltigen Bewirtschaftung der „grünen Lunge der Erde“ gesprochen werden kann. Hoffnung für den Regenwald könnten neue Gesetze der Zentralregierung in Brasilia bringen. Hier liege zumindest Potenzial zur Verhinderung des Kahlschlages.

### Tropenwaldschutz wird Schwerpunkt der internationalen Umweltpolitik

Zum Tag der Tropenwälder am 14. September hob der deutsche Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Bedeutung der tropischen Waldgebiete für den Klimaschutz und die biologische Vielfalt hervor. Im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) will sich der Umweltminister für internationale Maßnahmen gegen die Zerstörung der Tropenwälder einsetzen. Besondere Bedeutung hat hier die 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz, die 2008 in Deutschland stattfindet. Der Schutz der Wälder wird ein Schwerpunkt dieser Konferenz sein. Gabriel kündigte an, den Schutz der Tropenwälder auch im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft 2007 zu thematisieren. Ein von den Grünen eingebrachter Gesetzentwurf zum Schutz der Urwälder vom vergangenen Mai wurde allerdings in den Ausschüssen des Bundestages ohne Alternative abgelehnt. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace International, Martin Kaiser, Experte für Waldpolitik, Hamburg  
Tel. 040 / 30618-321, Fax -121  
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

Grünen-Entwurf Urwaldschutzgesetz:  
<http://dip.bundestag.de/btd/16/009/1600961.pdf>

Quellen: pte 17.8., 18.8.2006, FR 1.8.2006, BMU 13.9.2006, FSC 28.9.2006, www.pnas.org

## Newsticker

### Greifswald-Statement: Sicherung und Wiederherstellung des Naturkapitals

Nur 30 Prozent der heute in Europa genutzten Agrarflächen werden in 50 Jahren noch von Bauern bewirtschaftet werden. Das ergab eine Studie, die auf der 5. Europäischen Renaturierungskonferenz Ende August in Greifswald vorgestellt wurde. Auf der Konferenz diskutierten 400 internationale Expert/innen die Renaturierung der entstehenden 70 Prozent Brachflächen. In einem „Greifswald Statement“ forderten sie sofortige und umfangreiche Investitionen, um das Naturkapital wiederherzustellen. (bv)

Quellen: taz 24.08.06,  
[www.uni-greifswald.de/SER2006/goal.html](http://www.uni-greifswald.de/SER2006/goal.html)

### Vogelschützer starten Protestaktion gegen Steinquetschfallen in Frankreich

Das „Komitee gegen den Vogelmord“ hat im September eine Protestaktion gegen die Vogeljagd mit Steinquetschfallen in Frankreich gestartet, nachdem es bereits Anfang des Jahres dagegen bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht hatte. Seit November 2005 existiert in Frankreich ein Gesetz, nach dem in 32 französischen Gemeinden von November bis Januar Steinquetschfallen aufgestellt werden dürfen. Die Fallen bestehen aus einer schweren Kalksteinplatte, die mit einer Konstruktion aus kleinen Stöckchen aufgestellt und beködert wird. Drosseln, Rotkehlchen, Pieper oder Finken, die die Köderbeeren fressen, werden unter der herabfallenden Platte begraben. (nh)

► Protestaktion:  
[www.komitee.de/?protestfrance](http://www.komitee.de/?protestfrance)

### EU-Parlament fordert Handelsverbot für Robbenprodukte

Anfang September hat das Europäische Parlament die EU-Kommission in einer schriftlichen Erklärung aufgefordert, eine Verordnung für ein Verbot von Import, Export und Verkauf von Sattelrobben und Klappmützen zu entwerfen. Allein in den letzten vier Jahren sind nach Angaben des Internationalen Tierschutz-Fonds (IFAW) 1,5 Millionen Sattelrobben für kommerzielle Zwecke getötet worden. Die Erklärung des Europaparlaments betrifft nicht die traditionell lebenden Inuit, da diese an der kommerziellen Jagd an der kanadischen Ostküste nicht beteiligt sind. (nt)

Quelle: news aktuell, 06.09.2006

### EU-weite Mineralölsteuer soll Tanktourismus stoppen

#### **BUND: Unterschiedliche Spritpreise schaden Umwelt und Klima**

Der BUND hat an die Bundesregierung appelliert, sich für eine EU-weite Angleichung der Mineralölsteuer einzusetzen. Die derzeit geltende Mindestbesteuerung lasse den EU-Mitgliedstaaten bei der Spritpreisbildung zuviel Spielraum, fördere den Tanktourismus und wirke sich negativ auf Umwelt und Klima aus, kritisierte der Umweltverband. Wenn die Mindeststeuer in den kommenden beiden Jahren bei Benzin und Diesel um je 10 Cent erhöht werde, könnte etwa das deutsche Niveau erreicht werden.

#### **Beitrag des Verkehrs zum Klimaschutz angemahnt**

Eine Angleichung könne den Tanktourismus nach Polen oder Österreich eindämmen. Aus Sicht des BUND sind EU-einheitliche Spritpreise die beste Lösung zur Einbeziehung der negativen Umwelteffekte in die Fahrtkosten. Die Klimaschutzziele der EU könnten nur erreicht werden, wenn der Verkehr endlich einen entscheidenden Beitrag leiste. Vielfahrer würden dann endlich angemessen zur Kasse gebeten, ebenso diejenigen, deren Auto viel verbraucht. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

BUND, Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

### Autofirmen nehmen Selbstverpflichtung nicht ernst

#### **EU-Kommission zieht CO<sub>2</sub>-Gesetz in Erwägung**

Die EU-Kommission hat im August angekündigt, notfalls mit rechtlichen Maßnahmen die Autohersteller zum Bau umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge zu verpflichten. Der Jahresbericht zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Autos hatte ergeben, dass die Autobauer den CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht genügend reduzierten. Die Emissionen von neuen Pkw waren von 1995 bis 2004 nur um 12 Prozent gesunken. Der geringe Fortschritt sei „bedenklich“, so die Kommission.

Laut Bericht ist der Straßenverkehr für mehr als ein Fünftel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU verantwortlich, wobei gut die Hälfte der Emissionen auf Pkw entfällt. Der verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist seit 1990 um 22 Prozent gestiegen, vor allem aufgrund der zunehmenden Zahl der Autos und der zurückgelegten Kilometer.

#### **Dimas und Verheugen appellieren**

Das Kyoto-Protokoll sieht für Europa bis 2008 die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 Prozent gegenüber 1995 vor. Bisher gilt für die europäischen Autohersteller eine freiwillige Selbstverpflichtung. Da diese offenbar nicht ausreicht, forderten Umweltkommissar Stavros Dimas und Industriekommissar Günter Verheugen die Konzerne auf, ihre „Anstrengungen erheblich zu steigern“.

Umweltverbände fordern schon lange, dass die EU das Einhalten der Emissionsziele per Gesetz durchsetzt statt auf die freiwillige Umsetzung durch die Konzerne zu hoffen. Es gebe bereits juristisch verbindliche Optionen zum Abbau des Kohlendioxidausstoßes, hieß es beim europäischen Verkehrsverband T&E in Brüssel. Nach jüngsten Untersuchungen von T&E machten die Autohersteller auch 2005 kaum Fortschritte bei der Schadstoffreduzierung. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail:  
[jos.dings@transportenvironment.org](mailto:jos.dings@transportenvironment.org)  
[www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

### EU will Wasserstoffautos fördern

#### **Betriebssicherheit steht im Mittelpunkt**

Die Europäische Kommission möchte die Einführung von Wasserstofffahrzeugen beschleunigen. Mitte Juli stellte sie einen Plan vor, wie sie die Entwicklung technologisch fortgeschrittener Wasserstoffautos fördern will. Interessengruppen und die Öffentlichkeit waren aufgefordert, sich zu dem Vorschlag zu äußern. Im Mittelpunkt standen dabei die Regelungen zur Betriebssicherheit. Diese sind von großer Bedeutung, weil Wasserstoff sehr leicht entflammbar ist. Die Konsultation endete Mitte September.

#### **Weniger Treibhausgase und Feinstaub**

Der für Unternehmens- und Industriepolitik zuständige Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen erklärte, dass der Wasserstoffantrieb den Ausstoß von Treibhausgasen senken und die Luftqualität in Europa verbessern werde. Wasserstoffautos gelten als umweltfreundlich, weil ihre Auspuffgase frei von Treibhausgasen und Feinstaub sind. Experten weisen allerdings darauf hin, dass die Art der Erzeugung des Wasserstoffs entscheidend ist, da Wasserstoff nur ein Energiespeichermedium ist. Lediglich Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien sei umweltfreundlich.

#### **Entwurf für Verordnung zur Typpenehmigung**

Die EU-Kommission hat einen ersten Entwurf für eine Verordnung über wasserstoffbetriebene Kraftfahrzeuge ausgearbeitet. Der Entwurf soll wasserstoffbetriebene Kraftfahrzeuge in das europäische Typpenehmigungssystem einbinden, so dass sie einheitlichen Normen unterliegen und damit in der EU in Verkehr gebracht werden dürfen. (nh/mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

### Rückenwind für Kurzstreckenseeverkehr

#### EU-Kommission zieht positive Halbzeitbilanz des Aktionsprogramms

Die Europäische Kommission hat Mitte Juli eine Halbzeitbilanz des Programms zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs verabschiedet. In der Bilanz werden die Ergebnisse der 14 Maßnahmen bewertet, die 2003 zur Effizienzsteigerung im europäischen Kurzstreckenseeverkehr eingeführt wurden. Der Kurzstreckenseeverkehr ist ein Logistikkonzept zur Durchführung des Seetransports als Teil des Tür-zu-Tür-Güterverkehrs innerhalb Europas und mit Ländern, die nahe bei Europa liegen.

#### Verringerung von Umweltbelastungen erhofft

Der Bericht der Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die Transportleistung des Kurzstreckenseeverkehrs ähnlich schnell wie der Straßenverkehr zunimmt (32 Prozent zwischen 1995 und 2004). Der am schnellsten wachsende Bereich sei nach wie vor der Containerverkehr.

Der Kurzstreckenseeverkehr spiele eine Schlüsselrolle für nachhaltige Mobilität. Er diene der Verringerung von Verkehrsüberlastungen und Umweltbelastungen. Der Seeverkehr habe eine höhere Energieeffizienz als andere Verkehrsträger und stehe mit den CO<sub>2</sub>-Emissionszielen der EU im Einklang. Allerdings müsse auch der Seeverkehr umweltfreundlicher werden, insbesondere im Bereich der Schwefel-, Stickoxid- und Partikelemissionen. Es bedürfe „dringender Lösungen“.

Im ursprünglichen Förderprogramm waren 14 Maßnahmen eingeführt worden, durch die die Entwicklung des Kurzstreckenseeverkehrs verbessert werden sollte. Mehr als die Hälfte der Aktionen des Förderprogramms sind abgeschlossen. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

Halbzeitbilanz (PDF, 200 kB):  
[www.ec.europa.eu/transport/maritime/sss/doc/2006\\_07\\_13/com\\_2006\\_0380\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/transport/maritime/sss/doc/2006_07_13/com_2006_0380_de.pdf)

### Güterverkehr soll auf Schiene und Wasser

#### EU-Kommission erhofft sich Entlastung der europäischen Straßen

Die EU-Kommission hat Ende Juli die vierte Ausschreibung zum Marco-Polo-Programm veröffentlicht. Unternehmen in der Europäischen Union sowie beteiligten Drittländern sind aufgefordert, Vorschläge zum Erreichen von zwei wesentlichen Zielen der EU-Verkehrspolitik zu unterbreiten:

- Schaffung neuer Güterverkehrsdienste, die zur Entlastung der europäischen Straßen beitragen
- Verbesserung der Umweltverträglichkeit des Güterverkehrssystems

#### Finanzmittel um fast 5 Millionen Euro aufgestockt

Mit dem Programm versucht die EU, Unternehmen bei der Einführung neuer Dienste zu unterstützen. Allerdings nur, wenn diese dazu beitragen, den Güterverkehr von der Straße auf Kurzstreckenseeverkehr, Eisenbahn und Binnenschifffahrt zu verlagern. Den Unternehmen, deren Vorschläge in der vergleichenden Bewertung die höchsten Punktzahlen erreichen, werden Zuschussverträge für die Dauer von bis zu vier Jahren angeboten. Es haben nur solche Vorhaben eine Chance, die glaubhaft machen können, auch nach dem Auslaufen der EU-Finanzhilfe auf dem Markt bestehen zu können.

Um die Probleme der wachsenden Verkehrsüberlastung in den Griff zu bekommen und der Marktnachfrage besser gerecht zu werden, wurden die Mittel für diese vierte Ausschreibung auf 35 Millionen Euro aufgestockt. 2005 waren es gut 30 Millionen Euro. Ökologische Kriterien sind bei der Bewertung der eingereichten Vorschläge zwar vorgesehen, spielen aber eine untergeordnete Rolle. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

### Gleiche Bedingungen für alle Luftfahrtunternehmen

#### Luftverkehrsbinnenmarkt soll gestärkt werden

Die Europäische Kommission hat Mitte Juli einen Vorschlag ▼ zur Modernisierung der Binnenmarktvorschriften für den Luftverkehr angenommen. Der Vorschlag soll sicherstellen, dass die EU-Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten gleich angewendet werden. Es soll für alle Luftfahrtunternehmen dieselben Bedingungen geschaffen werden. Durchgesetzt wurde auch mehr Transparenz bei Flugpreisangaben für Fluggäste.

#### Verbraucherzentrale fordert Angabe des tatsächlichen Ticket-Endpreises

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) lobte den Vorschlag der Kommission. Auch wenn in Deutschland jetzt schon strengere Maßstäbe gälten, seien auf dem europäischen Markt einheitliche Standards notwendig. Der vzbv hatte bereits wenige Tage nach der EU-Initiative Klage gegen mehrere Flugunternehmen eingereicht. Die Verbraucherschützer werfen den Unternehmen vor, in ihrer Werbung im Internet den tatsächlichen Endpreis nicht deutlich anzugeben.

#### 60 Prozent mehr Flugstrecken seit 1997

Der Luftverkehr hat in Europa seit seiner Liberalisierung vor einem Jahrzehnt einen starken Aufschwung erfahren. Seit 1997 hat die Zahl der beflogenen Strecken um über 60 Prozent zugenommen. Es werden mehr Städte angefliegen. Der Markteintritt neuer Flugunternehmen führte auf vielen Strecken zu einem deutlichen Preisrückgang und Anstieg der Fluggastzahlen. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

### Newsticker

#### **Besteuerung von Pkw soll sich ab 2010 nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß richten**

Das Europäische Parlament hat sich positiv zu dem Vorschlag ▼ der Kommission geäußert, eine EU-Steuer für Kraftfahrzeuge auf Grundlage der CO<sub>2</sub>-Emissionen einzuführen. Die Richtlinie vom Sommer 2005 sieht vor, dass die jährliche Kraftfahrzeugsteuer in allen Mitgliedstaaten sich ab 2010 mindestens zur Hälfte nach dem Kohlendioxidausstoß pro Kilometer richten soll. Im Gegenzug sollen die Zulassungssteuern über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren abgeschafft werden. Nach Informationen aus Brüssel befasst sich der Ministerrat voraussichtlich im November mit dem Thema. Voraussichtlich wird der Vorschlag jedoch nicht die benötigte Einstimmigkeit erreichen. Das bedeutet, dass möglicherweise die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 eine Lösung suchen muss. (mbu)  
Quelle: Das Parlament, 11.9.2006

#### **Verkehrsunfälle häufigste Todesursache bei Jugendlichen**

Mitte Juli hat das Europäische Statistikamt (Eurostat) die Zahlen zum Thema „Todesursachen in der EU 2001 bis 2003“ veröffentlicht. Bei den unter 20jährigen waren Verkehrsunfälle und Selbstmord die häufigste Todesursache. Rund ein Achtel aller Todesfälle dieser Altersgruppe wurde durch Verkehrsunfälle verursacht. Sieben von zehn jugendlichen Verkehrstoten waren männlich. In der Altersgruppe der 20- bis 44jährigen waren Selbstmorde mit einem Anteil von 12 Prozent fast genauso häufig wie Verkehrsunfälle (13 Prozent). Die Daten zeigen starke Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten, Altersgruppen und Geschlechtern. (nh)  
Quelle: Eurostat 18.7.2006

#### **Iren bevorzugen Urlaub im Ausland, Spanier bleiben im Land**

Fast 60 Prozent der Europäer/innen verbringen ihren Urlaub im eigenen Land. Die Länder mit dem höchsten Anteil an Auslandsreisen sind kleinere Länder wie Luxemburg (99 Prozent) oder Irland (73 Prozent). Die Bewohner/innen südlicher Länder neigen am ehesten dazu, ihre freien Tage in der Heimat zu verbringen. So blieben zum Beispiel 90 Prozent der Griechen und 88 Prozent der Spanier während ihrer Ferien im eigenen Land. Die baltischen Staaten werden immer beliebter bei den europäischen Urlaubern. In

Litauen erhöhte sich zwischen der Sommersaison 2004 und 2005 die Gesamtzahl der Übernachtungen um knapp 20 Prozent. Auch in Deutschland stieg die Zahl der Übernachtungsgäste im Jahr 2005 an - um rund 2,5 Millionen mehr als im Vorjahr. (nh)

Quelle: Eurostat 20.07.2006



## Moderne Landwirtschaft verursacht Wassermangel

### Wissenschaftler fordern radikalen Wandel beim Ressourcenmanagement

Nach Angaben des International Water Management Institute (IWMI) leidet mehr als ein Drittel der Erdbevölkerung unter Wassermangel. Dies ist das Ergebnis einer Studie zum Thema Wassermanagement in der Landwirtschaft, die im August auf der Weltwasserwoche in Stockholm vorgestellt wurde. Ursache für den Wassermangel sei das miserable Wassermanagement der vergangenen fünfzig Jahre, insbesondere in der Landwirtschaft, so das IWMI. Allein der derzeitige Wasserverbrauch für die Nahrungsmittelproduktion betrage bis zum 70fachen dessen, was zum Trinken oder Kochen verbraucht werde. Grob geschätzt verbrauche jede Kalorie in der Nahrung einen Liter Wasser.

Die Wissenschaftler fordern einen „radikalen Wandel“ im Umgang mit der Ressource. So solle die Güte von Wasser stärker unterschieden werden: Während Wasser mit hoher Qualität für Trinkwasser und ausgewählte Bereiche in der industriellen Produktion reserviert sein sollte, müsse in der Landwirtschaft auch Brack- oder Grauwasser genutzt werden. In Zukunft müsse man die Wasserproduktivität erheblich verbessern.

### Vorrang für sparsamen Umgang mit den natürlichen Wasservorkommen

Auch die Umweltstiftung WWF veröffentlichte eine Studie zum Wassermangel. Dürrekatastrophen und Wasserknappheit werden sich danach nicht auf die armen Länder konzentrieren, sondern auch die reicheren Industriestaaten treffen. Dem Schutz der natürlichen Wasservorkommen und dem sparsamen Umgang müsse angesichts der bereits auftretenden Probleme der Vorrang gegeben werden. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Rebstocker Str. 55,  
60326 Frankfurt/Main  
Tel. 069 / 791440, Fax -617221  
eMail: [info@wwf.de](mailto:info@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

## Erneut breite Proteste gegen Ilisu-Staudamm

### Umwelt- und Menschenrechtsverbände gegen deutsche Hermes-Bürgschaft

Mitte September haben Nichtregierungsorganisationen - darunter der DNR und der NABU - sowie Kurden- und Menschenrechtsgruppen in breiter Koalition gegen den im Südosten der Türkei geplanten Ilisu-Staudamm protestiert. 35.000 Menschen aus der Region hatten sich in einem Brief an die deutsche Bundesregierung gewandt und sie aufgefordert, keine Hermes-Bürgschaft für das Staudammprojekt am Tigris zu gewähren. Die Bundesregierung muss zu einer Entscheidung über das Projekt kommen, weil sich die deutsche Baufirma Züblin daran beteiligen will und eine Kreditausfallbürgschaft beantragt hat.

### Urgewald: Auflagen für Betreiber können Probleme nicht lösen

Es sei unfassbar, dass die Bundesregierung ernsthaft erwäge dieses Projekt zu unterstützen, kritisierte die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. Eine Bewilligung der Bürgschaft würde ein Signal an alle Staudambauer der Welt senden, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht zählten, wenn es um Geschäfte deutscher Unternehmen gehe. Die zurzeit diskutierten Auflagen an die Staudambetreiber könnten die Probleme nicht aus der Welt schaffen.

Nach Angaben der Entwicklungsorganisation WEED haben sich bereits über 70 Organisationen zusammengeschlossen, um den Staudamm zu verhindern. Ihr Ziel ist es unter anderem, die antike Stadt Hasankeyf zu retten. Diese würde den Fluten zum Opfer fallen, wenn der Staudamm realisiert würde. Der unersetzliche Verlust archäologischer Schätze ist nach Angaben des Bündnisses aber nur eines der vielen Probleme, die mit dem Projekt verbunden sind. Viele Familien würden ohne eine angemessene Entschädigung ihre Existenzgrundlage verlieren. 50.000 bis 80.000 Menschen würden von Umsiedlungen betroffen sein.

### Probleme mit Syrien und Irak befürchtet

Neben einer weiteren Destabilisierung der bürgerkriegsgeschüttelten kurdischen Region befürchten die Organisationen Probleme mit den Nachbarländern. Die türkische Regierung habe weder Syrien noch

den Irak konsultiert, obwohl sie nach internationalem Recht dazu verpflichtet sei. Auch die ökologischen Folgen wären weit über die Region hinaus spürbar, der Verlust an Biodiversität wäre irreversibel. WEED befürchtet ein massives Fischsterben, die Vernichtung von Flusssauen und Habitaten für seltene Tier- und Pflanzenarten sowie eine Eutrophierung des Tigris.

Der Ilisu-Damm soll den Tigris im Südosten der Türkei aufstauen und 1.200 MW Strom erzeugen. Er wird eine Fläche von mehr als 300 km<sup>2</sup> überfluten. Ein erster Anlauf zum Bau war nach heftigem internationalem Protest im Jahr 2002 gescheitert (EUR 10.01, S. 8, EUR 04.02, S. 20), das Projekt wurde 2005 neu lanciert. Im Wesentlichen habe sich an dem Projekt seit damals nichts geändert, kritisierte WEED. (nh) ■

#### • Weitere Informationen

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Heike Drillisch, Torstr. 154,  
10115 Berlin  
Tel. 030 / 275-82163, Fax -96928  
eMail: [heike.drillisch@weed-online.org](mailto:heike.drillisch@weed-online.org)  
[www.weed-online.org/ilisu](http://www.weed-online.org/ilisu)

## Umweltbelastungen im Mittelmeerraum nehmen zu

### EU-Kommission stellt langfristige Umweltstrategie vor

Die Europäische Kommission hat Anfang September eine langfristige Umweltstrategie zur Säuberung und zum Schutz des Mittelmeerraums vorgestellt. Sie soll die Zusammenarbeit zwischen der EU, ihren Nachbarn im Mittelmeerraum und dort tätigen internationalen Organisationen neu beleben und ausbauen. Die wachsenden Umweltprobleme im und am Mittelmeer bedrohen sowohl die Gesundheit von 143 Millionen Küstenbewohnern als auch die langfristige Entwicklung der wichtigsten maritimen Wirtschaftszweige wie Fischfang und Tourismus, so die Kommission.

### Mangel an Problembewusstsein, Kooperationsbereitschaft und Geld

Die internationalen Maßnahmen entfalten nach Ansicht der Kommission bislang nicht ihre volle Wirkung, da entweder finanzielle Mittel fehlen, viele Länder der Umweltpolitik keinen hohen Stellenwert einräumen, nur ein begrenztes öffentliches Umweltbewusstsein vorhanden ist oder die verantwortlichen Stellen nicht ausreichend zusammenarbeiten. Der Bedarf an Umweltmaßnahmen im Mittelmeerraum übersteige bei weitem die zur Verfügung stehenden Mittel. Die internationalen Organisationen, die Gebergemeinschaft und vor allem die Anrainerstaaten müssten daher ganz beachtliche zusätzliche und koordinierte Anstrengungen unternehmen, wenn das Mittelmeer sauberer werden sollte.

### Keine neuen finanziellen Mittel

Die wichtigsten Ziele der Strategie sind

- eine Verringerung der Verschmutzung der gesamten Region,
- die Förderung einer nachhaltigen Nutzung des Meeres und der Küste,
- die Entwicklung der Umweltzusammenarbeit der Nachbarländer und
- die Unterstützung der Partnerländer.

Durch vier Maßnahmen sollen diese Ziele erreicht werden:

- finanzielle Unterstützung durch bestehende und bereits geplante EU-Förderprogramme,
- vertiefter Dialog mit den Vertretern der Region,
- verstärkte Koordination mit anderen Organisationen und Partnern und
- Weitergabe von Erfahrungen der EU.

### 2025 könnte die Hälfte der gesamten Mittelmeerküste bebaut sein

427 Millionen Menschen leben in den 22 Ländern und Gebieten, die an das Mittelmeer grenzen. Darüber hinaus besuchen jedes Jahr 175 Millionen Touristen die Region. Die Verschmutzung durch Industrie, Schifffahrt und private Haushalte sowie die Zerstörung der Ökosysteme an den Küsten, z. B. durch Bauvorhaben, sind Beispiele für die Umweltbelastung. Nach derzeitigen Vorhersagen sind bis 2025 möglicherweise 50 Prozent der Mittelmeerküste bebaut (siehe nächste Seite). Die jährlichen Folgekosten der Umweltschäden werden für einige nordafrikanische Länder bereits auf mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt.

### „Horizont 2020“ soll im November verabschiedet werden

Die Mittelmeerstrategie umfasst eine detaillierte Ausarbeitung von „Horizont 2020“. Sie beinhaltet einen vorläufigen Zeitplan für die Umsetzung der ersten Stufe der EU-Initiative „Horizont 2020“ (siehe EUR 05.06, S. 35) bis zum Jahr 2013. Mit Unterstützung der finnischen EU-Präsidentschaft werden die Partner zunächst zum vorgeschlagenen Zeitplan konsultiert. Die endgültige Fassung soll auf der Tagung der Euromed<sup>1</sup>-Umweltminister am 20. November in Kairo verabschiedet werden. (nh) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission; Generaldirektion Fischerei und maritime Angelegenheiten, Referat Kommunikation und Information, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111, Fax -3040  
[www.ec.europa.eu/comm/fisheries/policy\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/comm/fisheries/policy_de.htm)

<sup>1</sup> Euro-Mediterranean Partnership (Barcelona Process) - EU-Partnerschaft seit 1995 mit Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Libanon, Syrien, Jordanien, den Palästinensischen Autonomiegebieten und der Türkei:  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Barcelona-Prozess](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Barcelona-Prozess)

## Libanon will Israel wegen Ölpest verklagen

### Internationaler Strafgerichtshof soll Entschädigung bewirken

Der Libanon will die Regierung in Tel Aviv für die durch israelische Bomben ausgelöste Ölpest im Mittelmeer vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen. Rund 150 km Küste waren durch das Bombardement eines Lagertanks des Kraftwerks in Dschije am 13. und 15. Juli verseucht worden. Der libanesischer Umweltminister Jakob Sarraf will sich auf Artikel 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs berufen. Danach könne ein vorsätzlicher Angriff in der Kenntnis, dass dieser „weit reichende und langfristige Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird“, als Kriegsverbrechen gewertet werden.

### EU-Katastrophenschutzverfahren eingesetzt

Das libanesischer Umweltministerium hatte die EU-Kommission am 27. Juli um Unterstützung im Rahmen des Beobachtungs- und Informationszentrums (MIC) ersucht, um die Hilfe der EU-Mitgliedstaaten bei der Beseitigung der Umweltschäden durch schätzungsweise 10.000 bis 35.000 Tonnen ausgelaufenes schweres Heizöl zu aktivieren. Ab 9. August waren Hilfskräfte vor Ort, am 14. August trafen die ersten Hilfsgüter u. a. aus Norwegen, Irland und Zypern im Libanon ein. Am 17. August trafen sich Internationale Organisationen in Athen, um Folgemaßnahmen für die Behebung der Umweltschäden zu beraten. Für die Koordinierung der EU-Maßnahmen im Rahmen des gemeinschaftlichen Katastrophenschutzverfahrens zur Eindämmung der Ölschäden ist Umweltkommissar Stavros Dimas zuständig.

50 Mio. Euro wird die Säuberung mindestens kosten. Der WWF sprach von der drittgrößten Ölkatastrophe im Mittelmeer. Ein stabiler Frieden in der Region ist nach wie vor nicht in Sicht. (jg) ■

### • Weitere Informationen

[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/06/1078, IP/06/1098, IP/06/1106)  
[www.unep.org/PDF/lebanon/EC\\_MIC17.pdf](http://www.unep.org/PDF/lebanon/EC_MIC17.pdf)  
Weitere Quellen: taz 04.08.06, 12.09.06

## Giftmüll in der Ostsee

### Quecksilber-Fässer zufällig vor schwedischer Küste entdeckt

Wissenschaftler haben in diesem Sommer vor der schwedischen Küste 3.500 von vermutlich 20.000 rostigen Fässern mit Giftmüll aufgespürt. Mehrere Jahrzehnte hatten Anrainer die Ostsee als Müllkippe genutzt, darunter auch eine schwedische Papierfabrik, die ihre quecksilberhaltigen Abfälle in Fässern im Meer versenkte. Davon berichtete Ende August die Süddeutsche Zeitung (SZ).

Über die Verklappung des Mülls hätten die Verursacher in den 1950er und 60er Jahren Notizen angefertigt, was das Auffinden erleichtert habe. Noch gefährlicher seien dagegen die nicht bekannten Bereiche, in denen Industrieabfälle entsorgt wurden. Hinzu kämen Senfgasgranaten, Phosphorbomben und andere Altlasten aus den beiden Weltkriegen, schrieb das Blatt. Die Bombenreste seien auch deshalb gefährlich, weil sie äußerlich Bernstein ähnelten. Erst seit 1970 gibt es ein Verbot der Verklappung auf See.

### Groß angelegtes Programm zur Säuberung der Ostsee gefordert

Der von der SZ befragte WWF-Ostsee-Experte Jochen Lamp forderte ein groß angelegtes Programm aller Anrainerstaaten, um die Ostsee vom Müll zu befreien und damit größere Katastrophen zu verhindern. Derzeit wird von den Staaten ein Aktionsplan zur Verbesserung der Umweltsituation in der Ostsee erarbeitet, der 2007 fertig sein soll.

Da niemand genau wisse, was am Meeresboden liege, könnten auch große Bauvorhaben wie der Bau der Ostsee-Pipeline von St. Petersburg nach Rostock betroffen sein, schreibt Herrmann. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: SZ 29.8.2006 (Gunnar Herrmann):  
[www.sueddeutsche.de/trt2m2/panorama/artikel/795/83712](http://www.sueddeutsche.de/trt2m2/panorama/artikel/795/83712)

Literatur: Stefan Nehring, Erdgas trifft Giftgas - Die explosiven Risiken der Ostsee-Pipeline, Berlin 2006  
[www.grueneliga-berlin.de/rabe\\_ralf/rabe\\_archiv\\_2006/08\\_09\\_2006/erdgas.html](http://www.grueneliga-berlin.de/rabe_ralf/rabe_archiv_2006/08_09_2006/erdgas.html)

## Newsticker

### Projekt fördert neue Ideen für Fischereimanagement

2005 haben sich dreizehn europäische Forschungsinstitute, darunter das deutsche Öko-Institut, in dem drei Jahre andauernden Projekt „Comparative Evaluations of Innovative Solutions in European Fisheries Management“ (CEVIS) zusammengefunden. CEVIS will Fischereianager und Politiker/innen in der Europäischen Union unterstützen. Ein großer Teil der europäischen Fischindustrie befindet sich in einer Krise. Fischindustrie, Naturschutzorganisationen und andere Interessengruppen kritisieren die EU-Fischereipolitik. Das Managementprogramm soll neues Denken und Handeln fördern und so Veränderungen möglich machen. Das Projekt wird von der EU-Kommission finanziert. Es vergleicht und bewertet innovative Lösungen im Fischerei-Management. Eine Reihe von neuen Ansätzen sind bereits in Staaten außerhalb der EU umgesetzt worden. Dabei handelt es sich unter anderem um die größere Beteiligung von Anspruchsgruppen, vorab definierte Entscheidungsregeln, genauer zugeschnittene Eigentums- und Zugangsrechte für Fischer sowie um eine Begrenzung des Fischereiaufwandes. (nh)

● Öko-Institut, Berlin, Tel. 030 / 28048660, [m.dross@oeko.de](mailto:m.dross@oeko.de)

### Ostsee-Fangquoten für 2007 festgelegt: Dorsche gefährdet

Im September hat die EU-Kommission einen Vorschlag ▼ für Fangquoten und Fischereivorschriften im Jahr 2007 für die Ostsee vorgelegt. Weil die Dorschbestände noch stärker als andere Arten gefährdet sind, sollen die Fangmengen stufenweise um 15 Prozent reduziert werden. Ein Verbot ist nicht vorgesehen, obwohl der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) empfohlen hatte, zumindest in der östlichen Ostsee die Dorschfischerei ganz einzustellen. Auch die Mengen an gefangenem Lachs sollen reduziert werden. Hering- und Sprottenpopulation befänden sich dagegen in „erfreulich gutem Zustand“, so dass deren erlaubte Fangmengen für 2007 erhöht werden könnten. (jg)

Quelle: EU-Kommission, Brüssel  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/06/1147)

### Frösche zur Überwachung von Gewässern und Kläranlagen

Da die äußerst sensiblen afrikanischen Krallenfrösche mit hormonellen Störungen auf endokrin wirksame Substanzen reagieren, werden sie von Wissenschaftlern des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin als Versuchstiere zur Überwachung von Gewässern und Kläranlagenabläufen eingesetzt. Die endokrinen Störungen können durch Industriechemikalien, Medikamentenrückstände und verschiedene Kunststoffe verursacht werden. Das Biotestverfahren soll nun in den OECD<sup>1</sup>-Ländern standardisiert werden. (nt)

Quelle: BBU-Wasserrundbrief 831 (2006)

● Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Berlin, Tel. 030 / 641815, [www.igb-berlin.de](http://www.igb-berlin.de)

### Bauverbot an Spaniens Küsten gefordert - Umweltsünden Normalität

Die spanische Umweltorganisation Ecologistas en Acción hat einen detaillierten Bericht über die Umweltschäden an Spaniens Küsten veröffentlicht. Allein an 221 Orten in Naturschutzgebieten (ENP) wurden Unregelmäßigkeiten beim Städtebau festgestellt. Besonders im Süden der Halbinsel nehmen die Behörden es mit dem Umweltschutz offenbar nicht so genau. Hier wurden allein 99 Fälle dokumentiert. Die „Schädigung der Ökosysteme der Küsten und ihrer Ressourcen“, die „Eutrophierung der Gewässer“, der „Identitätsverlust der Küstenorte“ und die „Verschandelung der Landschaft“ werden im Bericht und auf zugehörigen Karten mit schwarzen Flaggen gekennzeichnet. „Es ist zur Normalität geworden, dass Kläranlagen der Touristenorte keine ausreichende Kapazität besitzen, um dem Besucheransturm in den Sommermonaten standzuhalten“, klagt die Umweltgruppe. Die Ecologistas fordern angesichts der dramatischen Situation genügend Kläranlagen sowie Moratorien für Städtebau an den Küsten und für neue Sporthäfen. (jg) Bericht (spanisch):

[www.ecologistasenaccion.org/IMG/pdf/banderas\\_negras\\_2006.pdf](http://www.ecologistasenaccion.org/IMG/pdf/banderas_negras_2006.pdf) (1,6 MB)

1 OECD: Organisation for Economic Cooperation and Development - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, umfasst die entwickelten Industrieländer

## Veröffentlichungen

### Erd-Demokratie - Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

Die indische Ökofeministin Vandana Shiva präsentiert ihre Vision einer globalen Demokratie: Eine gerechte Weltordnung, in der nicht die Interessen der Wirtschaft, sondern der Menschen sowie der nachhaltige Umgang mit der Natur im Zentrum stehen. Die Globalisierungskritikerin nennt dafür zehn Prinzipien, z. B. „Alle Spezies, Völker und Kulturen haben einen inneren Wert“, weshalb kein Mensch das Recht habe, andere Spezies und Menschen zu besitzen. Andere Prinzipien lauten: „In Natur und Kultur muss Diversität verteidigt werden“, „Alle Lebewesen haben ein natürliches Recht auf Lebensunterhalt“ oder „Lebendige Ökonomien bauen auf lokale Wirtschaft“. Shiva äußert sich auch zu Biodiversität, Fundamentalismus, Wasserdemokratie und zu den drei Wirtschaftsmodellen (Naturwirtschaft, Bedarfswirtschaft, Marktwirtschaft). Unter anderem macht sie darauf aufmerksam, dass Wirtschaftsglobalisierer Menschen und Natur als ausbeutbares Rohmaterial oder überflüssigen Abfall betrachten. Vandana Shivas Buch ist das Ergebnis ihrer jahrelangen Forschungsarbeit zu ökologischen, gesellschaftlichen und politischen Themen. Hier vereint sie ihre Einsichten in einer großen Leitidee. (nt)

Vandana Shiva: Erd-Demokratie - Alternative zur neoliberalen Globalisierung, Rotpunktverlag, Zürich 2006, 292 S., 19,80 Euro, ISBN 3-85869-327-8

### Das kritische EU-Buch

Das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union schwindet. Dies stellt zumindest das globalisierungskritische Netzwerk Attac fest. In fast jedem Mitgliedsland formieren sich Anti-EU-Initiativen, die Zahl jener Menschen, die dem vereinten Europa skeptisch gegenüberstehen, sei in den Kernländern so hoch wie nie zuvor. Die Vision vom vereinten Europa verkomme in der Realität zu einer unsozialen Freihandelszone. Mit dem „kritischen EU-Buch“ möchte Attac zeigen, wer die Politik in Brüssel macht - und für wen. Attac hat prominente Autor/innen aus mehreren Ländern eingeladen, die großen Themen, die die EU in die Krise gebracht haben, zu analysieren und Visionen einer echten Umwelt-, Sozial- und Friedensunion zu zeichnen. (nh)

Attac (Hrsg.): Das kritische EU-Buch - Warum wir ein anderes Europa brauchen, Deuticke Verlag, Wien 2006, 318 S., 19,90 Euro, ISBN 3-552-06032-4

### EU-Naturschutzpolitik: Die Rolle der lokalen und regionalen Akteure

Das Buch zeigt am Beispiel der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zum Erhalt wildlebender Tier- und Pflanzenarten wie in Deutschland die Akteure den Prozess der Umsetzung europäischer Vorgaben prägen und welche Interessen und Ressourcen für ihr Engagement ausschlaggebend sind. Die Autorin untersucht, wie die Steuerungsstrategien der öffentlichen Verwaltung das Verhalten von Landeigentümer/innen, Landnutzer/innen und Verbänden wirksam lenken können, ohne die geforderte Mitbestimmung der Betroffenen außer Acht zu lassen. Der von der Autorin entwickelte Analyserahmen verknüpft steuerungstheoretische mit akteurszentrierten Sichtweisen. (nh)

Alexandra Sauer: Europäische Naturschutzpolitik - Die Rolle der lokalen und regionalen Akteure bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland, Oekom Verlag, München 2006, 230 S., 34,80 Euro, ISBN 3-86581-048-9

■

## Neu im Netz

### UNEP und Google Earth zeigen Umweltzerstörung aus dem Weltraum

Das UN-Umweltprogramm UNEP ist eine Partnerschaft mit Google eingegangen, um einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wie es um den Zustand der Erde tatsächlich bestellt ist. Seit Anfang September stehen auf Google Earth 100 „Umwelt-Hotspots“ zur Verfügung - Gebiete, die Umweltzerstörungen besonders deutlich zeigen. Das Projekt basiert auf dem UNEP-Bestseller „One Planet, Many People - Atlas of our Changing Environment“ von 2005. Dieser Bildatlas vergleicht vor einigen Jahrzehnten entstandene Aufnahmen mit aktuellen Bildern und veranschaulicht so eine Reihe von einschneidenden Umweltveränderungen, wie den Waldverlust im Amazonas-Gebiet oder das rasante Wachstum vieler Städte. „Mehr als 100 Millionen Google-Earth-User sollen damit einen Einblick in die globale Umweltsituation bekommen und mobilisiert werden, etwas dagegen zu tun“, so UNEP-Direktor Achim Steiner. UNEP nutzt Bilder aus dem Atlas und dem Buch „Africa's Lakes - Atlas of our Changing Environment“ zusammen mit vielen neuen oder aktualisierten Aufnahmen. Google Earth bringt die Bilder in einen geographischen Zusammenhang. (nh)

UNEP (Hrsg.): One Planet, Many People - Atlas of Our Changing Environment, 2005, 332 S., 150 US\$, ISBN: 92-807-2571-8; Bilder ansehen/Download (kostenlos): [www.na.unep.net/OnePlanetManyPeople](http://www.na.unep.net/OnePlanetManyPeople) Google Earth: [www.earth.google.com](http://www.earth.google.com)

### Deutschlands EU-Abgeordnete diskutieren mit Bürger/innen

Anfang September startete der neue Informationsdienst der deutschen Europa-Abgeordneten. Auf der Internetseite [mein-MdEP.de](http://mein-MdEP.de) können die Volksvertreter/innen die Bürger/innen über sich und ihre Arbeit informieren und mit ihnen diskutieren. Der Inhalt umfasst unter anderem die politischen Standpunkte der Abgeordneten zu ausgewählten Themen und ihr Abstimmungsverhalten in wichtigen Fragen. Der Informationsdienst hat jeden Monat ein Schwerpunktthema, über das die Bürger/innen mit mindestens einem fachkundigen Europa-Abgeordneten diskutieren können. (nh)

[www.mein-mdep.de](http://www.mein-mdep.de)

■

## Alle aktuellen EU-Dokumente zur Umweltpolitik im Internet

### Datenbank ermöglicht Einblick in alle Umwelt-Gesetzgebungsprozesse

Auf der Internetseite der EU-Kommission gibt es eine Liste mit allen umweltrelevanten Vorschlägen ▼ und Mitteilungen, über die aktuell in EU-Institutionen beraten und debattiert wird, die sich also im Entscheidungsfindungsprozess befinden. ● Offizielle EU-Dokumente sind mit einem Kürzel, dem Erscheinungsjahr und einer fortlaufenden Nummer versehen. So trägt die Mitteilung der Kommission „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ aus dem Jahr 2005 das Kürzel KOM (2005) 670.

Die Dokumente auf dieser Seite sind entweder so genannte KOM- oder SEC-Dokumente. KOM-Dokumente sind Veröffentlichungen der EU-Kommission, die sich an andere EU-Institutionen richten, zum Beispiel Mitteilungen. SEC-Dokumente sind andere Veröffentlichungen der EU-Kommission. Es gibt es auch noch andere Kürzel: „CSE“ bezeichnet zum Beispiel Dokumente der EU-Kommission, die sich an den Europäischen Gerichtshof wenden.

### PreLex zeigt die Etappen jedes Vorschlags

Wo diese umweltrelevanten Dokumente im Gesetzgebungsverfahren genau stehen und was ihr bisheriger Werdegang ist - das steht in der Datenbank PreLex. ● PreLex bietet zwei Suchvarianten an:

- Bei der einfachen Suche kann man anhand nach dem Kürzel, nach Stichwörtern oder Teilen des Titels suchen. Wenn man nicht sicher ist, welches Kürzel das richtige ist, kann man auf das Fragezeichen neben dem Eingabefeld klicken und so eine Liste aller Kürzel mit kurzer Beschreibung aufrufen.
- Mit der erweiterten Suche kann mit Bereichen, Namen und Funktionen von Gremien und Personen gesucht werden. Je mehr Suchkriterien man eingibt, desto genauer und schneller wird die Suche.

### Übersichtlich: Zeitstrahl, Tabelle, verschiedene Farben

Das Suchergebnis führt direkt zu den gesuchten Auskünften. Ein Zeitstrahl bietet einen Überblick über die einzelnen Etappen, die die Vorlage oder der Vorschlag durchlaufen hat, und zeigt durch farbliche Unterteilung, welche EU-Institution den Vorschlag wann bearbeitet hat. Auf der

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

### Titel/Thema

Titel/Thema	Ausgabe
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

gleichen Seite finden sich diese Informationen in Tabellenform, ergänzt durch weitere Angaben: Wer war federführend, wer war Empfänger, wer war Mitverantwortlicher usw. Die Dokumente können auch heruntergeladen werden (Download). PreLex bietet auch noch allgemeine Informationen über Abläufe und Funktionsweise der EU-Gesetzgebung an. (nh) ■

### • Weitere Informationen

Datenbank zu aktuellen umweltpolitischen Gesetzgebungsverfahren:  
[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Datenbank PreLex:  
[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

Siehe auch Seite 40.

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese Termine im Internet:  
[www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
[www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks)  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

10.-13.10., Ceský Krumlov, Tschechien  
**12. Magdeburger Gewässerschutzseminar (WRRL)**  
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt der Tschechischen Republik  
Tel. 00420221 / 401455  
Fax 00420257 / 327560  
[mgs@pvl.cz](mailto:mgs@pvl.cz)  
[www.mgs.vltava.info](http://www.mgs.vltava.info)

15.-20.10., Venedig, Italien  
**Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen**  
Internationale Konferenz; Universität Venedig  
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494  
[ecsa2006@unive.it](mailto:ecsa2006@unive.it)  
<http://venus.unive.it/ecsa2006>

18./19.10., Berlin  
**NGO-Strategien für Europas Zukunft**  
Verbände-Workshop; DNR, EU-Koordination; Konferenzbüro, Andrea Peschel  
Tel. 030 / 400484-82, -83  
[conference@dnr.de](mailto:conference@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

19./20.10., Berlin  
**Den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8 für die Umwelt nutzen**  
Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination; Konferenzbüro, Andrea Peschel  
Tel. 030 / 400484-82, -83  
[conference@dnr.de](mailto:conference@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

19./20.10. Berlin  
**Landscape matters**  
Tagung, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)  
Tel. 030 / 2787150  
[info@bdla.de](mailto:info@bdla.de)  
[www.bdla.de/nachricht148\\_11.htm](http://www.bdla.de/nachricht148_11.htm)

20./21.10., Bonn  
**Gerechter Welthandel**  
Aktionskonferenz, Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne  
Tel. 0228-3681010, Fax -2399356  
[projekt@gerechtigkeit-jetzt.de](mailto:projekt@gerechtigkeit-jetzt.de)  
[www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de)

22.-24.10., Ottawa, Kanada  
**7. Welt-Ökosteuer-Konferenz**  
Universität Ottawa  
Tel. 0613 / 5625700  
[envconf@uottawa.ca](mailto:envconf@uottawa.ca)  
[www.environmental-tax-conference.uottawa.ca](http://www.environmental-tax-conference.uottawa.ca)

25.-27.10., Freiburg/Br.  
**ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement**  
FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg  
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333  
[registration@forestxchange.org](mailto:registration@forestxchange.org)  
[www.forestxchange.org](http://www.forestxchange.org)

25./26.10., Amsterdam  
**Nano- und Mikrotechnologien in der Lebensmittel- und Reformkostbranche**  
Institute of Nanotechnology  
Tel. 00441 786 447520  
[carrie.smith@nano.org.uk](mailto:carrie.smith@nano.org.uk)  
[www.nano.org.uk/conferences/food\\_health](http://www.nano.org.uk/conferences/food_health)

26./27.10., Bonn  
**Vorbereitung auf die internationale Biodiversitätskonferenz CBD**  
Workshop; Forum Umwelt & Entwicklung  
Tel. 0228 / 9480670  
[gura@dinse.net](mailto:gura@dinse.net)

26./27.10., Brüssel  
**Internationale Quecksilber-Konferenz**  
Europäische Kommission, Michel Lepropre  
Tel. 0032 / 27-438949, Fax -327111  
[michel.lepropre@ecotec.com](mailto:michel.lepropre@ecotec.com)  
[www.ec.europa.eu/environment/chemicals/mercury/conference.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/chemicals/mercury/conference.htm)

30./31.10., Gelsenkirchen  
**Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien**  
Eurosolar und Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien  
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279  
[info@eurosolar.org](mailto:info@eurosolar.org)  
[www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

29.10.-3.11., Nanchang (China)  
**11. Living Lakes Conference**  
Global Nature Fund, Stefan Hörmann  
Tel. 07732 / 9995-84, Fax -88  
[jahn@globalnature.org](mailto:jahn@globalnature.org)  
[www.globalnature.org](http://www.globalnature.org)

15./16.11., Luxemburg  
**Die Bürgerbeteiligung in der europäischen Wasserwirtschaft**  
Hellef fir d'Natur, Martine Peters  
Tel. 00352 / 290-4041, Fax -504  
[secretary@luxnatur.lu](mailto:secretary@luxnatur.lu)  
[www.rheinnetz.net](http://www.rheinnetz.net)

23.11., Wuppertal  
**SCORE Launch Conference: Sustainable Consumption Research Exchanges**  
SCORE, Arnold Tukker, Amsterdam  
Tel. 0031 1 / 52-695450, Fax -763024  
[arnold.tukker@tno.nl](mailto:arnold.tukker@tno.nl)  
[www.score-network.org](http://www.score-network.org)

29.-31.1., Brüssel  
**Europäische Erneuerbare-Energien-Konferenz**  
EREC Renewable Energy House  
Tel. 0032 2 / 54619-33, Fax -34  
[erec@erec-renewables.org](mailto:erec@erec-renewables.org)  
[www.erec-renewables.org/events/2007PolicyConference/default.htm](http://www.erec-renewables.org/events/2007PolicyConference/default.htm)  
(nh) ■

## EU-Sitzungstermine

**Finnische Ratspräsidentschaft  
2. Halbjahr 2006 (1.7.-31.12.)**

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### September

18./19. Landwirtschaft/Fischerei  
25./26. Außenminister  
25./26. Wettbewerb

#### Oktober

5./6.\* Inneres/Justiz  
10.\* Wirtschaft/Finanzen  
16./17.\* Außenminister  
23./24.\* Umwelt  
30./31.\* Landwirtschaft/Fischerei

#### November

7. Wirtschaft/Finanzen  
13./14. Außenminister  
13./14. Erziehung/Jugend/Kultur  
20./21. Landwirtschaft/Fischerei  
21. Wirtschaft/Finanzen  
23. Verkehr/Telekommunikation/Energie  
27./28. Gesundheit  
Beschäftigung/Soziales  
28. Wirtschaft/Finanzen

#### Dezember

4./5. Verkehr/Telekommunikation/Energie  
11./12. Außenminister  
11./12. Wettbewerb  
18. Umwelt  
19.-21. Landwirtschaft/Fischerei

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

4.-7.9., 25.-28.9.,  
11./12.10.\*, 23.-26.10.,  
13.-16.11., 29./30.11.\*,  
11.-14.12.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)  
(mr, mb) ■

#### DNR-Service

#### Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir Sie per eMail über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratsitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:  
Ulrike Tröger, DNR Berlin  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: eur2@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Finnische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.fi](http://www.eu2006.fi)  
Kalender:  
[www.eu2006.fi/calendar/en\\_GB/calendar](http://www.eu2006.fi/calendar/en_GB/calendar)

Deutsche Ratspräsidentschaft  
(1. Halbjahr 2007):  
[www.eu2006.de](http://www.eu2006.de)  
[www.eu-praesidentschaft.de](http://www.eu-praesidentschaft.de)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger,  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: eur2@dnr.de  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

**Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments**

#### September

13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

3.10. 15-18.30 Uhr  
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr  
10.10. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### November

20.11. 15-18.30 Uhr  
21.11. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
27.11. 15-18.30 Uhr  
28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

20.12. 15-18.30 Uhr\*  
21.12. 9-12.30 Uhr\*

\* vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.  
(mb) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache.

Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993. Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadresse aller EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PIJS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.europa.eu/eur-lex](http://www.europa.eu/eur-lex)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)



## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmenzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zur Zeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.

- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, Berlin 2005, 88 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf)

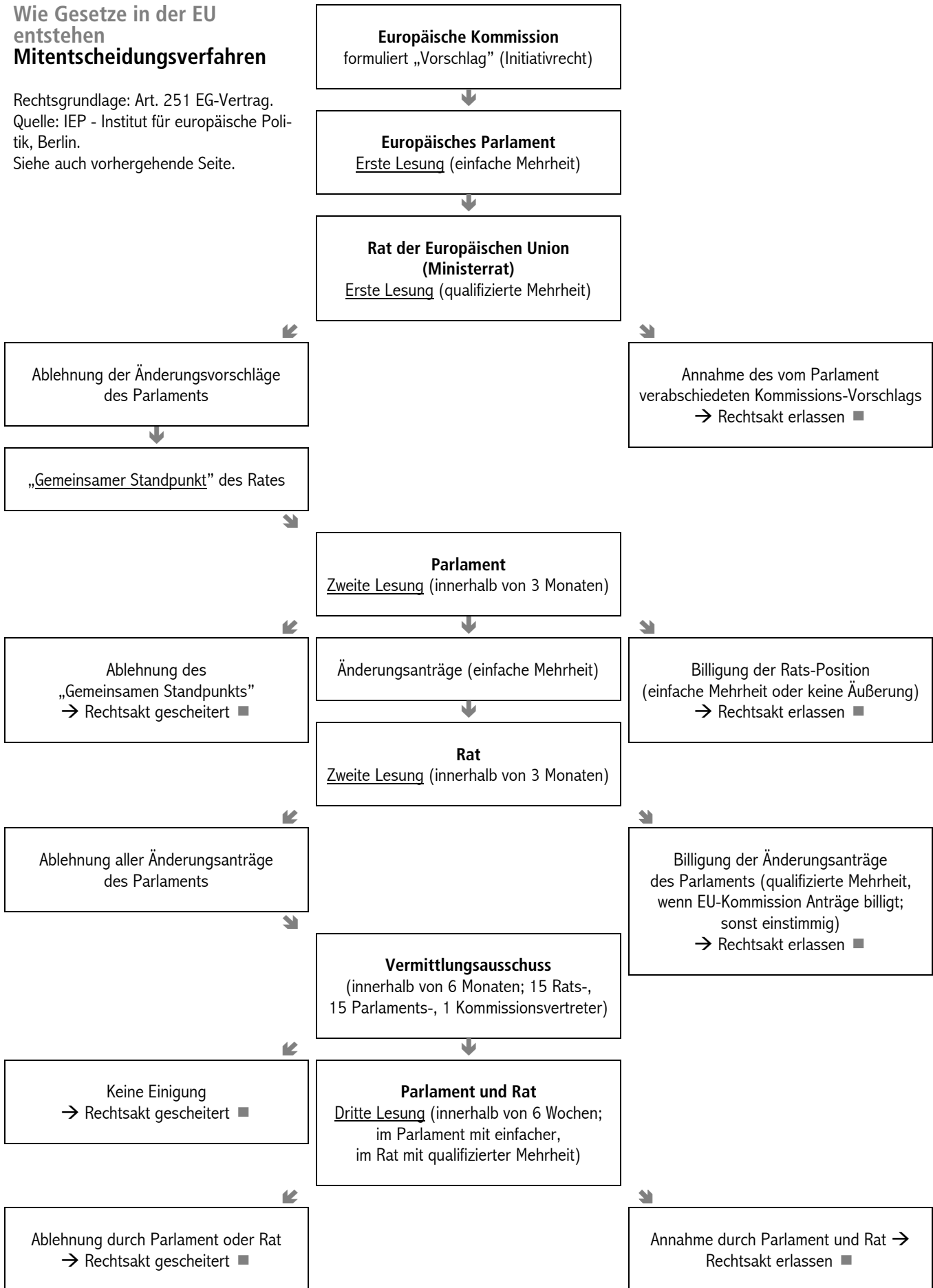
„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf)

Hrsg./Bezug Printausgabe (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch\\_digital.pdf](http://www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch_digital.pdf)

**Wie Gesetze in der EU entstehen**  
**Mitentscheidungsverfahren**

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
 Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
 Siehe auch vorhergehende Seite.



## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch<sup>1</sup>„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft<sup>3</sup> und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snm.nl

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Publikationen

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)  
[www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

## Wir im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Aktuell informiert per eMail

### Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonnent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Rundschreiben-Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden mailen wir kostenlos aktuelle Meldungen zur EU-Umweltpolitik, zu verschiedenen EU-Ländern und zu weiteren Themen in deutscher Sprache. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

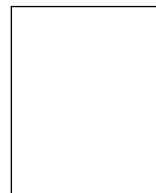
- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin